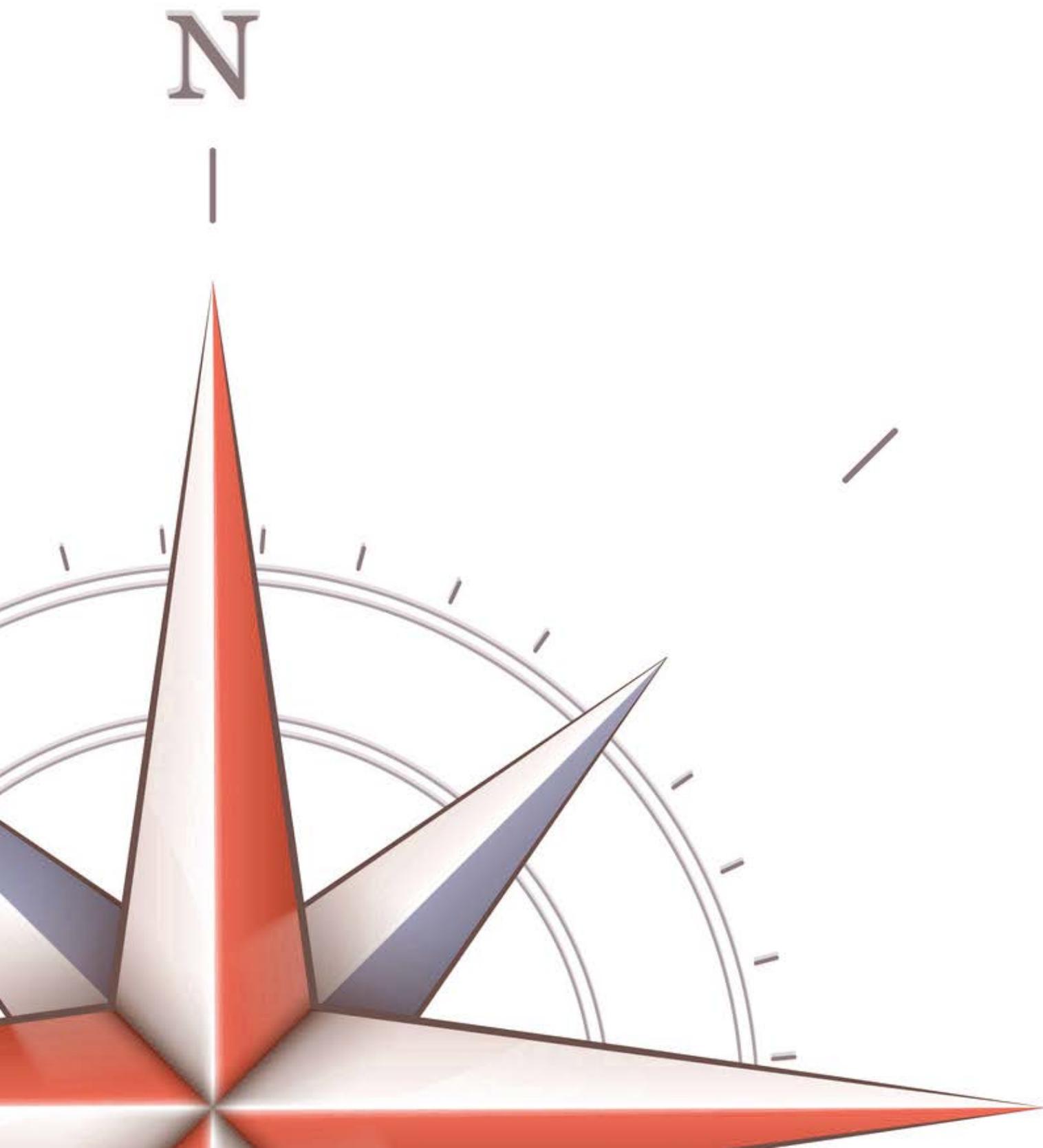


KURS.WECHSEL@POLITIK-IN-NIEDERSACHSEN.DE

DER KOMPASS FÜR ARBEIT, WIRTSCHAFT UND QUALIFIKATION IN NIEDERSACHSEN



AUTORENGRUPPE

Arno Brandt, Gabriele Andretta, Rasmus Beck, Marco Brunotte, Edelgard Bulmahn, Ulf-Birger Franz, Bernd Günther, Uwe Kröcher, Jörg Lahner, Bernd Lange, Harald Legler, Christian Lips, Heinz-G. Macherey, Ulrich Matthias, Thomas Müller, Frank Mussmann, Cornelius Schley, Stefan Schostok, Andrea Schröder-Ehlers, Andreas Strauch, Thomas Student

INHALT

Einleitung	5
-------------------	---

TEIL I | STAND DER DINGE

Herausforderungen und Trends	7
-------------------------------------	---

Niedersachsen in der innovationsorientierten Industrie- und Dienstleistungswirtschaft	8
Wirtschaften in einer vernetzten Welt	8
Demographischer Wandel in Niedersachsen	9
Klimawandel und Energiewende	9

Niedersachsen: Positionierung und Kursbestimmung	10
---------------------------------------------------------	----

Wirtschaft neu denken	10
Wachstum neu denken: Intelligent, nachhaltig und integrativ	10
Kurswechsel für Niedersachsen	11

TEIL II | WIRTSCHAFTSPOLITISCHE WEICHENSTELLUNGEN

Gute Arbeit	13
--------------------	----

Zukunft der Arbeit	14
Qualifikation und Bildung	14
Bildungspotenziale ausschöpfen	15
Hochschulen stärken und öffnen	16
Zukunft des Arbeitsmarktes	18
Aktive Arbeitsmarktpolitik für die Menschen und die Wirtschaft	19

Wirtschaftspolitische Handlungsfelder für Niedersachsen	21
----------------------------------------------------------------	----

Industriepolitik: Nachhaltigkeit und Innovationsorientierung	21
Dienstleistungspolitik: Qualitäts- statt Kostenorientierung	22
KMU und Handwerk: Wissensbasis stärken	24
KMU im Mittelpunkt	24
Innovatives Handwerk	24

INHALT

Strukturpolitik	25
Infrastruktur	26
EU-Förderpolitik 2020	27
Wirtschaftsförderung mit dem EFRE	27
Arbeitsmarktpolitik und Armutsbekämpfung mit dem ESF	28
Förderung des ländlichen Raums mit ELER	29
Integrierte Maßnahmen für Stadt und Land	29
Innovationsförderung	30
Handlungsspielraum der öffentlichen Hand stärken	32
Öffentliche Beschaffung nutzen	32
Kommunales Wirtschaften ermöglichen	32
Öffentliche Haushalte stärken	32
Wirtschaft braucht ein vitales Finanzsystem	33
Leitmärkte der Zukunft für Niedersachsen	34
Mobilitätswirtschaft	34
Maritime Wirtschaft	36
Energiewirtschaft	37
Soziale Gesundheitswirtschaft	39
Ernährungswirtschaft	40
Bündnis für die Zukunft: Niedersachsen 2020	42
Die Kraft der demokratischen Bürgergesellschaft nutzen	42
Unser Produktionsmodell sichern	43
Handlungsfähiges Niedersachsen	43
Attraktiver Öffentlicher Dienst	43
Einstellungskorridor offen halten	44
Zukunftsdialog: Der sozialdemokratische Weg	44

EINLEITUNG

Niedersachsen befindet sich mitten in einem tiefgreifenden Strukturwandel, der mit großen Chancen, aber auch erheblichen Risiken verbunden ist. Weltweit ordnen sich die politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse neu und die herkömmlichen Bedingungen für Wachstum und Wohlstand werden zunehmend hinterfragt. Wie in allen westlichen Industriestaaten ist auch in Niedersachsen eine Pluralisierung und Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Milieus zu beobachten, die auch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf wichtigen Märkten verändern. Während die Weltwirtschaftskrise und ihre Ursachen noch nicht überwunden sind, vollzieht sich der seit Jahrzehnten zu beobachtende Wandel der Wirtschaft zu einer innovationsorientierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft nun immer schneller. Die erkennbaren Herausforderungen der Fachkräftesicherung und Fachkräfteentwicklung werden künftig durch den demografischen Wandel sowie durch den Innovations- und Qualifizierungsdruck noch verstärkt. Diese Entwicklungen verlaufen im Schatten ökologischer Katastrophen wie Fukushima und dem Klimawandel. Nicht zuletzt werden auch die Auswirkungen der eingeleiteten Energiewende weit über den Energiesektor hinausgehen.

Wir sind Teil einer Welt im Wandel. Wenn jedoch die Bedingungen in Fluss geraten und die Strömung zunimmt, muss die Brücke besetzt sein und einen klaren Kurs vorgeben. Ein global vernetzter Wirtschaftsstandort wie Niedersachsen muss mit einer langfristig angelegten und kohärenten wirtschaftspolitischen Strategie durch das unruhiger werdende Fahrwasser der Weltwirtschaft navigieren. Dabei wird es entscheidend darauf ankommen, eine Antwort auf die globalen Herausforderungen zu finden, die derzeit die Bedingungen für Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitswelt grundlegend verändern. Vier übergeordnete Trends treten besonders hervor:

„Innovationsorientierte Industrie- und Dienstleistungswirtschaft“

Unsere Wirtschaft, unsere Arbeitswelt und das Zusammenleben der Menschen verändern sich rasant durch technische Innovationen und wissenschaftlichen Fortschritt. Die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskraft wird mehr noch als bislang zu einem Schlüssel für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

„Niedersachsen in der Globalisierung“

Große Teile unserer Wirtschaft sind im globalen Markt integriert – ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit entscheidet maßgeblich über unseren ökonomischen Erfolg und sozialen Fortschritt.

„Demografische Herausforderung“

Der demografische Wandel verändert die Bevölkerungsstruktur in den Regionen Niedersachsens grundlegend – mit gravierenden Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft und den Arbeitsmarkt.

„Klimawandel und Energiewende“

Die globale Ressourcenknappheit, der Klimawandel und der Ausstieg aus der Atomkraft erfordern einen Umbau unserer Wirtschaft und unserer Energieversorgung.

Dieser Wandel stellt das Land vor gewaltige Herausforderungen. Damit verbunden sind aber auch enorme Chancen für Wachstum und Beschäftigung in Niedersachsen – wenn es gelingt diese Veränderung gemeinsam, rechtzeitig und entschlossen zu gestalten, bevor es zu gesellschaftlichen und ökonomischen Verwerfungen kommt, die entscheidende Potenziale des Landes binden würden. Dazu müssen wir wirtschaftliche Dynamik, sozialen Ausgleich und ökologische Vernunft in Balance bringen.

Eine zentrale Rolle werden in Zukunft Bildung und Qualifikation spielen. Die Herausforderungen durch den Innovationsdruck vor allem in der Verarbeitenden Industrie, durch die weitere Expansion der Dienstleistungswirtschaft sowie durch den demografischen Wandel verlangen nach mehr und besserer Bildung. Die soziale Herkunft darf nicht das entscheidende Kriterium für den Bildungserfolg sein. Wir brauchen kluge Köpfe, um das Land wettbewerbsfähig zu machen. Diesen müssen wir aber auch gute Arbeit bieten.

Es reicht nicht aber nicht aus, nur die Herausforderungen zu skizzieren, denen sich das Land gegenüber sieht. Wir müssen auch den Kurs bestimmen können, den die niedersächsische Wirtschaft künftig nehmen muss, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu bewahren und möglichst noch zu verbessern. Dafür gilt es, die Leitmärkte der Zukunft zu definieren, die entscheidenden wirtschaftspolitischen Handlungsfelder zu benennen und eine Strategie für die Umsetzung dieser Agenda aufzuzeigen.

HERAUSFORDERUNGEN UND TRENDS

Wir schreiben das Jahr 5 seit dem Beginn der größten Weltwirtschaftskrise der Nachkriegszeit und der vermeintliche Aufschwung in Deutschland kommt bereits wieder ins Stottern. Es zeigt sich deutlich, dass die Probleme, die von der Krise offen gelegt wurden, keineswegs überwunden sind. So ist eine durchgreifende

Neuordnung der Finanzmärkte bislang ausgeblieben. Auch die Ungleichgewichte in den internationalen Handelsbeziehungen und die sich öffnende Schere zwischen Gewinnen und Löhnen bzw. Gehältern, die ursächlich zur Krise beigetragen haben, bleiben weiterhin wirksam.

NIEDERSACHSEN IN DER INNOVATIONSORIENTIERTEN INDUSTRIE- UND DIENSTLEISTUNGSWIRTSCHAFT

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise ist Ausdruck einer tiefgreifenden Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft und könnte sich als Geburtshelferin eines neuen Wachstumsmodells erweisen, das in seinen tragenden Säulen der Architektur einer innovationsorientierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft entspricht. Der Übergang zur innovationsorientierten Ökonomie bringt es mit sich, dass Wissen zum entscheidenden Produktionsfaktor wird. Über den nachhaltigen Erfolg unserer Wirtschaft entscheidet immer mehr die Qualität der Arbeit. Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit setzt mehr denn je voraus, dass unser Bildungssystem gut und sehr gut qualifizierte und begeisterungsfähige junge Menschen hervorbringt. Gefordert ist immer mehr das Prinzip des lebenslangen Lernens. Dabei geht es einerseits um die zunehmende Bedeutung von fachlichem Wissen, um die komplexer werdenden Leistungsprozesse zu bewältigen. Andererseits sind aber immer mehr auch Erfahrungswissen, Urteilsvermögen, Selbstorganisations-, Verständigungs- und Teamfähigkeit gefordert, um erfolgreich zu arbeiten. Der Erhalt und die Weiterentwicklung qualifizierter Arbeit wird gerade angesichts des demografischen Wandels zu einer der großen Herausforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Bewältigung dieser Aufgabe muss künftig im Zentrum der niedersächsischen Wirtschafts-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik stehen.

Dieser Strukturwandel betrifft Industrie und Dienstleistungen gleichermaßen. Auch in Zukunft werden im internationalen Wettbewerb in Deutschland vor allem die forschungsintensiven Industrien und die wissensintensiven Dienstleistungen die größten Wachstumchancen haben und die größte Beschäftigungsdynamik aufweisen. Die Ökonomie der Zukunft wird viel stärker als die bisherige Wirtschaftsweise auf Kooperation und Vernetzung angewiesen sein. Wir brauchen einerseits die innovationsorientierte Kooperation der Unternehmen und Betriebe untereinander und andererseits die enge Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft.

Diese Kooperationen entscheiden in immer stärkerem Maße über die Zukunftsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft. Dies gilt in Zukunft vor allem auch für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Eine zentrale Herausforderung der niedersächsischen Wirtschafts- und Strukturpolitik besteht darin, den Übergang zur nachhaltigen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft in der gesamten Breite der niedersächsischen Wirtschaft zu bewältigen.

WIRTSCHAFTEN IN EINER VERNETZTEN WELT

Der Prozess der Globalisierung wird Niedersachsens ökonomische Perspektiven weiterhin entscheidend prägen. Die aufstrebenden Wirtschaftsnationen in Osteuropa, Asien und Lateinamerika sind in den nächsten Jahrzehnten mit weit überdurchschnittlichen Wachstumsraten die neuen Treiber der Weltwirtschaft. Wachstum und Beschäftigung in Niedersachsen wird somit maßgeblich davon abhängen, inwieweit das Land von der Entwicklung dieser Regionen profitieren wird und dem internationalen Wettbewerb standhalten kann.

Niedersachsen zählt dank der Stärke seiner Industrie bislang insgesamt zu den Gewinnern der Globalisierung. Als Standort bringt Niedersachsen hervorragende Voraussetzungen für eine global orientierte Wirtschaftskraft mit: Mit den weiter expandierenden See- und Flughäfen und einer entwickelten Verkehrsinfrastruktur hat Niedersachsen das Potenzial zur strategischen Drehscheibe in Nordwesteuropa zu werden. Gleichzeitig ist Hannover mit der Hannover Messe und der CeBIT einer der bedeutendsten Messestandorte weltweit. Darüber hinaus ist Niedersachsen Standort global erfolgreich agierender Unternehmen. Um dieses enorme Potenzial für den Standort Niedersachsen umzusetzen, gilt es die innovativen und hochproduktiven Branchencluster zu stärken: Erfolgreiche Interaktion aller Akteure – aus Wirtschaft und Staat, Industrie und Dienstleistungen, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, etablierten Groß- und Kleinunternehmen, High Tech und Medium – sind das Erfolgsrezept aufstrebender und wettbewerbsstarker Regionen.

DEMOGRAPHISCHER WANDEL IN NIEDERSACHSEN

Die Menschen in Niedersachsen leben länger und bleiben länger aktiv. Wie überall in Deutschland wird auch in Niedersachsen der demografische Wandel die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen beeinflussen. Den Bevölkerungsprognosen zufolge werden in 20 Jahren bei Fortschreibung des Status Quo rund 700.000 Menschen weniger in Niedersachsen leben (-8,9 Prozent). Damit wird die niedersächsische Bevölkerung deutlich schneller schrumpfen als der Bundesdurchschnitt. Einzelne Regionen in Niedersachsen werden in diesem Zeitraum durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsentwicklungen bis zu 20 Prozent Bevölkerung (Vechta) dazu gewinnen, andere (Salzgitter, Westharz) fast 30 Prozent ihrer Einwohner verlieren.

Gleichzeitig wird die niedersächsische Bevölkerung im Durchschnitt deutlich älter werden: Der Anteil der über 59-jährigen wird in den nächsten beiden Jahrzehnten von aktuell rd. 26 Prozent auf dann 38 Prozent wachsen. Parallel dazu wird das Potenzial der Erwerbspersonen insgesamt deutlich und regional z. T. drastisch schrumpfen.

Der demographische Wandel droht die Wettbewerbsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt zu schwächen. Die Aufgabe der Politik ist es, den Wandel zu gestalten und den Menschen Sicherheit und einen guten Lebensstandard zu garantieren. Das setzt gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen voraus. Keine Region darf abgehängt werden.

KLIMAWANDEL UND ENERGIEWENDE

Am Anfang des 21. Jahrhunderts sitzt die Welt auf einer gigantischen Umwelthypothek. So wie faule Kredite die Weltfinanzmarktkrise verursacht haben, steuern wir mit der CO₂-Belastung des Klimas auf die nächste globale Krise zu, wenn nicht energisch gegen gesteuert wird. Energie-, Mobilitäts-, und Gebäudesektor sowie die industrielle Produktion müssen deshalb so schnell und so weitgehend wie möglich eine Effizienzrevolution durchlaufen und ihre CO₂-Emissionen verringern. Zugleich besteht die Chance, mit einem grundlegenden Umbau der Energiewirtschaft zugunsten der erneuerbaren Energien eine massive Innovations- und Investitionswelle in Gang zu setzen, die Wertschöpfung und Arbeitsplätze schafft.

Durch die Energiewende verschiebt sich die Erzeugungskapazität nach Norden. Niedersachsen wird, wenn die Weichen richtig gestellt werden, davon profitieren und kann sich zu einem der führenden Energieproduzenten in Deutschland entwickeln. Der dafür notwendige Ausbau der Netzinfrastruktur ist eine riesige Herausforderung, die ein gemeinsames und abgestimmtes Handeln der Netzbetreiber und der öffentlichen Hand auf Bundes- und Länderebene unter Einbeziehung der betroffenen Kommunen und der betroffenen Bürgerinnen und Bürger erfordert.

Eine besondere Relevanz kommt auch dem geordneten Ausstieg aus der Atomenergie und der nuklearen Entsorgungsfrage zu. Der Salzstock in Gorleben ist nachweislich nicht geeignet, hochradioaktive Abfälle über hunderttausende von Jahren von der Biosphäre sicher fernzuhalten. Daher unterstützen wir die unter rein fachlichen Gesichtspunkten geführte bundesweite Endlagersuche.

NIEDERSACHSEN: POSITIONIERUNG UND KURSBESTIMMUNG**WIRTSCHAFT NEU DENKEN**

In den letzten Jahrzehnten haben sich neoliberale und marktradikale Ideen überall auf der Welt verbreitet und zunehmend die politische Praxis geprägt. In Folge dieser Entwicklung wurden im großen Stil öffentliche Einrichtungen privatisiert, Sozialleistungen gekürzt, das Normalarbeitsverhältnis ausgehöhlt und die Steuerungspotentiale des Staates weiter geschwächt. Dahinter stand die Annahme, der Markt werde von sich aus den optimalen Einsatz ökonomischer Mittel und am Ende auch angemessenen Wohlstand für alle bewirken. Diese Erwartung hat sich jedoch als Illusion erwiesen.

Jetzt gilt es, eine neue Balance zwischen Staat, Markt und anderen gesellschaftlichen Bereichen herzustellen. Die bisherige Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik muss durch eine Politik für gesellschaftlichen Fortschritt, Gerechtigkeit und Demokratie abgelöst werden. Diese Ziele lassen sich nur erreichen, wenn der Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft wieder durchgesetzt werden kann. Vorfahrt für Demokratie bedeutet, die Arbeitnehmer als Stakeholder durch mehr Mitbestimmung stärker an den unternehmerischen Entscheidungen zu beteiligen und auch in der Wirtschaft das Prinzip der Nachhaltigkeit zu verankern. Dieses Prinzip beschreibt den Kern gesellschaftlicher Verantwortung der Wirtschaft. Ein Mehr an wirtschaftlicher Demokratie schließt auch eine Vielfalt von Eigentumsformen ein. Gerade in der Weltwirtschaftskrise hat sich erwiesen, welche existenzsichernde Rolle kommunale Sparkassen und genossenschaftliche Kreditinstitute spielen. Für Niedersachsen hat sich auch gezeigt: Die Landesbeteiligungen bei VW und der Salzgitter AG haben sich zur Standortsicherung bewährt.

WACHSTUM NEU DENKEN:**INTELLIGENT, NACHHALTIG UND INTEGRATIV**

Unsere Volkswirtschaft braucht Wirtschaftswachstum. Ohne Wachstum wird die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, aber auch die Mobilisierung der finanziellen Ressourcen zur Bewältigung der notwendigen ökologischen Modernisierung rasch an Grenzen stoßen. Erforderlich ist allerdings ein neues Verständnis von Wachstum. Bisher wird das Wirtschaftswachstum fast ausschließlich nach dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) bemessen. Auf diese Weise werden jedoch viele Aspekte nicht erfasst, die für die Lebensqualität aller Bürger von Bedeutung sind. Besonders negativ wirkt sich aus, dass die Kosten der Umweltbelastung durch Produktion und Konsum nicht adäquat vom BIP erfasst werden. Das BIP reicht daher als Wohlstandsindikator nicht aus. Wir müssen gesamtgesellschaftlich bewusster entscheiden, was in unserer Gesellschaft wachsen und was schrumpfen muss. Diese Aufgabe dürfen wir nicht dem Markt allein überlassen. In Zukunft gilt es verstärkt, die politischen Rahmenbedingungen zu setzen, unter denen sich Märkte entwickeln können.

Das Ziel muss eine nachhaltige Entwicklung sein; erstrebenswert ist daher das Wachstum von Produktionen, Verfahren und Dienstleistungen, die helfen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren, die ökologischen und sozialen Bedingungen zu verbessern, die zu besserer und mehr Arbeit führen und die dazu beitragen, die gesellschaftliche Partizipation weiter Bevölkerungskreise zu fördern. Auf der anderen Seite müssen jene wirtschaftlichen Aktivitäten gebremst oder gestoppt werden, die diesen Zielen entgegenstehen. Die erforderlichen Regulierungen sind weitgehend nicht im nationalen Alleingang, sondern im europäischen und globalen Maßstab umzusetzen. Die EU ist dabei der zentrale Gestaltungsraum. Die deutsche Politik verfügt als führende Wirtschaftsmacht allerdings über beachtliche Gestaltungsspielräume. Zur Durchsetzung eines neuen Entwicklungspfad bedarf es auch Weichenstellungen

im Rahmen der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik und damit der politischen Initiativen auf der Landesebene sowie in den einzelnen Teilräumen. Die EU hat sich mittlerweile im Rahmen ihrer strukturpolitischen Strategie „Europa 2020“ auf die Ziele eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums verpflichtet (Europa 2020):

Intelligentes Wachstum: Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft. Dabei geht es um verstärkte Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation. Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft muss heute vor allem innovationsfähig sein. Das gilt zwar in besonderem Maße für die nach wie vor stark exportabhängige deutsche Wirtschaft, aber auch für alle anderen Zweige, die sich im überregionalen und internationalen Wettbewerb behaupten müssen.

Nachhaltiges Wachstum: Förderung einer ressourcenschonenden, energieeffizienten ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft. Nur im Rahmen einer konsequenten ökologischen Modernisierung der Wirtschaft können die Klimaziele erreicht und die Energiewende zum Erfolg geführt werden. Die Herausforderungen durch den Klimawandel und die eingeleitete Energiewende bieten gerade der niedersächsischen Wirtschaft neue Chancen.

Integratives Wachstum: Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und eines starken sozialen Zusammenhalts. Damit verbunden ist der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und Armut. Große soziale Ungleichheiten sind immer auch eine schlechte Grundlage für die Innovationsbereitschaft der Menschen. Zudem muss es darum gehen, wachsende regionale Disparitäten zu vermeiden und grundsätzlich gleichwertige Lebensverhältnisse in den Regionen zu schaffen.

Auch die niedersächsische Wirtschafts- und Strukturpolitik muss sich künftig an diesem Zieldreieck eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums ausrichten und ihre knappen Ressourcen dort konzentrieren, wo sie diese Wachstumsziele am effektivsten erreichen kann.

KURSWECHSEL FÜR NIEDERSACHSEN

Angesichts der unübersehbaren konjunkturellen Risiken sowie den demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen darf sich die Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes Niedersachsen nicht in einem ignoranten „weiter so“ erschöpfen. Stattdessen brauchen wir auf vielen Feldern neue Lösungen. Dabei erfordern die künftig knapperen finanziellen Ressourcen eine Konzentration der Mittel zugunsten klarer Prioritäten und neuer Weichenstellungen.

Die niedersächsische Landesregierung hat es bislang versäumt, die Wirtschaft auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten. Ihre Wirtschafts- und Strukturpolitik hat sich auf kurzfristige Krisenreaktionen und wenig koordinierte, öffentliche Vergaberiten von Fördermitteln zurückgezogen. Es fehlt gegenwärtig an Ideen, Konzepten und Durchsetzungswillen:

- Die niedersächsische Politik unterliegt einem kaum vermittelten Ressortegoismus. Die Verknüpfung von Bildungs-, Wissenschafts-, Umwelt-, Agrar-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Bewältigung der Herausforderungen einer wissensbasierten Wirtschaft fehlt fast vollständig. Es mangelt an einer klaren Strategie, welche strukturpolitischen Prioritäten gesetzt werden sollen, auf welchen Feldern die innovativen Kräfte des Landes gebündelt werden sollen und wie die notwendige ökologische Modernisierung erfolgen kann.
- Es fehlt an einer konstruktiven Zusammenarbeit von Wirtschafts-, Agrar-Wissenschafts- und Umweltpolitik, um die Energiewende systematisch für den Strukturwandel in der niedersächsischen Wirtschaft zu nutzen. Niedersachsen ist das einzige Bundesland ohne Klimaschutzprogramm. Es fehlt an einem entschlossenen Willen, die Clusterprojekte und Landesinitiativen, die z. T. durchaus den Potenzialen des Landes entsprechen (Maritime Wirtschaft, Aviation, Mobilität, Ernährungswirtschaft etc.) mit den notwendigen Ressourcen auszustatten und damit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Netzwerkarbeit zu schaffen. Es fehlt auch an einer Verknüpfung der Landesaktivitäten mit den vorhandenen Clusterinitiativen auf der regionalen Ebene.

- Es fehlt an einer überzeugenden strukturpolitischen Strategie, die klare Schwerpunkte setzt. Stattdessen zerfasert die Förderlandschaft in einer Vielzahl von Einzelprogrammen. Darüber hinaus wurden in der Vergangenheit durch Interventionen von oben willkürlich immer wieder einzelne Investitionsvorhaben gefördert, die nach geltendem Recht nicht förderfähig waren.
 - Es fehlt eine Innovationsstrategie, die an niedersächsischen Stärken wie beispielsweise der regional verteilten, leistungsfähigen Hochschullandschaft anknüpft und diese im Dialog mit den Akteuren zielgerichtet zur Erweiterung der regionalen Wissensbasis und damit der regionalen Leistungsfähigkeit einsetzt.
 - Es fehlt eine arbeitspolitische Konzeption, die die Perspektive eines qualitativen Wachstums mit einer Strategie der guten Arbeit verbindet und damit die vorhandenen Spielräume nutzt, um prekäre Beschäftigungsverhältnisse abzubauen. Die Chance, prekäre Beschäftigung über ein Tarifreuegesetz zu bekämpfen, hat die niedersächsische Landesregierung bislang ungenutzt verstreichen lassen. Auch ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung des drohenden – sektoral und in einzelnen Regionen schon vorhandenen – Fachkräftemangels ist nicht zu erkennen.
 - Es fehlt an einer Antwort auf die Herausforderung wachsender regionaler Ungleichgewichte bezogen sowohl auf die Bevölkerungsstruktur und -entwicklung als auch auf Einkommen und wirtschaftliche Dynamik. Es fehlt vor allem an einem gesellschaftlichen Dialog, wie die Zukunft der niedersächsischen Wirtschaft gestaltet werden soll und wie eine neue Allianz aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft hergestellt werden kann, die die absehbaren Veränderungsprozesse im Rahmen einer Innovationsoffensive in Angriff nehmen.
- Es ist an der Zeit, sich der politischen Verantwortung bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Prozesse zu stellen und auch in Niedersachsen den dazu erforderlichen Kurswechsel einzuleiten. Die Wirtschafts- und Strukturpolitik muss dem Ziel dienen, eine nachhaltige Wirtschaftsstruktur zu fördern, die Beschäftigung und Einkommen sichert und zugleich den ökologischen Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird. Nur wenn die innovativen Kräfte aus Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammengeführt werden, kann Niedersachsen den notwendigen Strukturwandel zu seinen Gunsten nutzen.

GUTE ARBEIT

Von einer Entwarnung am deutschen Arbeitsmarkt kann angesichts der im europäischen und weltweiten Zusammenhang nach wie vor existierenden Ungleichgewichte und Turbulenzen, die auch für die deutsche Volkswirtschaft große Risiken bergen, keine Rede sein. Insofern muss auch für die weitere Zukunft von erheblichen

Unsicherheiten und damit auch der Möglichkeit stärkerer Produktions- und Beschäftigungsschwankungen ausgegangen werden. Dies gilt auch für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in Niedersachsen. Ein hoher Beschäftigungsstand, der nahe an Vollbeschäftigung heranreicht, bleibt daher unser ehrgeiziges Ziel.

Im Kontrast zu diesen Risiken steht der bereits aktuell in vielen Wirtschaftsbereichen spürbare Mangel an qualifizierten Arbeitskräften.

ZUKUNFT DER ARBEIT

Es sind die Facharbeiter und Facharbeiterinnen, Ingenieure und Ingenieurinnen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Handwerkerinnen und Handwerker sowie die Experten der IT-Branche, die Designerinnen und Designer, die über hochspezialisiertes Know-how verfügen. Sie sind die Träger von Wissen: Dazu gehört auch die Kreativität, aus Wissen Innovation und technischen Fortschritt werden zu lassen. Erst ein effizientes und differenziertes Bildungssystem, Schulbildung und Ausbildung sowie aktive Weiterbildung ermöglichen den stetigen Transfer und die Verbreitung von Wissen in der Arbeitswelt der innovationsorientierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft.

Die strategische Entwicklung und Sicherung der Fachkräftebasis hat daher Priorität für eine neue Wirtschafts- und Arbeitspolitik in Niedersachsen. Hier befindet sich das Land längst in einem sich verschärfenden Wettbewerb mit anderen Standorten in Deutschland, Europa und der Welt. Niedrige Löhne sind zum Standortnachteil geworden. Längst können sich umworbene Fachkräfte unter verschiedenen Angeboten aus dem ganzen Land den für sie attraktivsten Job aussuchen.

Durch den demographischen Wandel und den damit verbundenen Alterungsprozessen entwickelt sich die Deckung des Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften daher zu einer immer größeren Herausforderung für die niedersächsische Wirtschaft. In vielen Teilregionen

des Landes ist ein deutlicher Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials zu erwarten. Ohne eine Mobilisierung aller Bildungsreserven, ohne eine grundlegende Verbesserung der Aus- und Weiterbildungslandschaft, ohne eine Verbreiterung der Fachkräftebasis durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine altersgerechte Qualifizierungs- und Arbeitspolitik ist mittel- bis langfristig eine wachsende Qualifizierungslücke unvermeidlich. Diese betrifft nicht nur die Verfügbarkeit von Hochqualifizierten. Auch das Angebot an Facharbeitern und Fachangestellten erweist sich in Niedersachsen immer mehr als ein spürbarer Engpass für die wirtschaftliche Entwicklung. Dies gilt insbesondere für einzelne Teilregionen des Landes, die stark von Abwanderungen der jüngeren Altersgruppen betroffen sind.

Neben allen anderen notwendigen Strategien zur Verbreiterung der Fachkräftebasis muss dringlich auch das Potenzial der Arbeitslosen besser eingebunden werden. Allen bereits zu beobachtenden Abkopplungstendenzen prekarisierter Gruppen vom Arbeitsmarkt und von gesellschaftlicher Teilhabe ist entschieden zu begegnen. Die gezielte Förderung Arbeitsloser ergänzt das Fachkräftepotential und eröffnet unter veränderten Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes neue Teilhabechancen.

QUALIFIKATION UND BILDUNG

Die wachsende Qualifizierungslücke führt in Niedersachsen zu erheblichen Problemen am Arbeitsmarkt. Bis zu 2020 ist in Niedersachsen an den allgemeinbildenden Schulen eine Abnahme von über 147.000 Schülerinnen und Schülern (16,3 Prozent) zu erwarten. Diese Verluste betreffen generell mehr die ländlich strukturierten Räume und regional vor allem Süd- und Südostniedersachsen. Nur die urbanen Zentren bzw. die Hochschulstandorte weisen in Niedersachsen eine positive Bilanz aus. Dies führt zu deutlichen Wettbewerbsvorteilen der urbanen Räume, während viele ländliche Regionen in Niedersachsen in Gefahr sind, ihre Anschlussfähigkeit an die Wissensbasierte Industrie- und Dienstleistungswirtschaft zu verlieren. Die urbanen Räume in Niedersachsen müssen sich wiederum verstärkt dem Wettbewerb mit den Großstadregionen außerhalb Niedersachsens stellen.

Die Gründe für den Fachkräftemangel liegen aber nicht nur in der demografischen Entwicklung, sondern auch in Defiziten des Bildungssystems. In den Bereichen Bildung und Qualifizierung ist Niedersachsen in den letzten Jahren strukturell ins Hintertreffen geraten. So verlassen 5.600 Jugendliche eines Jahrganges immer noch ohne Abschluss die Hauptschule und jeder fünfte Auszubildende gibt seine Lehrstelle vorzeitig auf. Trotz steigender Abiturientenzahlen verfügen nur 8,4 Prozent der Beschäftigten in Niedersachsen über einen Hochschulabschluss. Dies ist der 13. Platz im Vergleich aller Bundesländer. Auch bei einem Vergleich der Bevölkerungsgruppen im Alter von 20 bis 24 Jahren mit einem Abschluss der Sekundarstufen II liegt das Land ebenfalls auf Platz 13. Diese unterdurchschnittliche Quote der Hochqualifizierten hat eine Wurzel in der geringen Studierquote, die mit 30 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (39,7 Prozent) liegt. Während es fast allen Bundesländern in den letzten Jahren gelang, ihre Studierquoten deutlich zu steigern, verzeichnet Niedersachsen in den letzten 10 Jahren den bundesweit geringsten Anstieg. Verschärft wird diese Situation durch den negativen Wanderungssaldo Niedersachsens bei den Studienanfängern, der 2009 mit 33.205 abgewanderten Studierenden einen neuen Rekordstand erreichte.

BILDUNGSPOTENZIALE AUSSCHÖPFEN

Das Ausschöpfen aller Bildungspotenziale und zugleich das Erreichen von mehr Chancengleichheit sind nur durch eine Verbesserung der Qualität des Bildungssystems und eine intensive Förderung der durch den sozialen Hintergrund gehemmten individuellen Lernpotenziale möglich. Um den Herausforderungen des demografischen Wandels und den Qualitätsdefiziten des Bildungssystems erfolgreich zu begegnen, müssen bildungspolitische Reformen angeschoben werden, mit denen zugleich auch das Stadt-Land-Gefälle der Bildungsbeteiligung ausgeglichen werden kann:

- Für eine wirkungsvolle frühkindliche Bildung müssen auch die Gruppengröße in allen Kindertagesstätten reduziert werden. Eine derart qualitativ hochwertige und flächendeckende Kinderbetreuung ist zudem auch eine Voraussetzung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Aufgrund der sinkenden Schülerzahlen entwickeln sich gerade im ländlichen Bereich viele Grundschulen zur Einzügigkeit oder sie können gar nur einen jahrgangsübergreifenden Unterricht erteilen. Die Zusammenlegung solcher kleinen Schulen zu größeren Einheiten mit vollständigen Ganztagsangeboten in zentralen Orten kann dieses Qualitätsdefizit ausgleichen. In diesen vollständigen Ganztagschulen soll auch das Prinzip kleinerer Klassen durchgesetzt werden.
- Mit der Errichtung kleiner, drei- bis vierzügiger Gesamtschulen in der Fläche des Landes soll dem Problem der Auszehrung von Haupt- und Realschulen begegnet werden. Ein solches Modell erweitert und erleichtert insbesondere für Jugendliche in ländlichen Räumen die Wahlmöglichkeiten zwischen allen Schulformen und Schulabschlüssen. Es baut die Bildungsdisparitäten zwischen Stadt und Land ab, verbessert die Möglichkeiten der individuellen Förderung und erhöht so den Grad der Ausschöpfung von gesellschaftlichen Bildungspotenzialen. Damit wird ein Zweiwegemodell von Gesamtschulen und Gymnasien verbunden.
- Zusätzlich soll eine Initiative von Land, Wirtschaft und Schulen den Übergang von der Schule in die Ausbildung erleichtern und die Quote der jungen Menschen ohne Schulabschluss drastisch verringern helfen. Unser Ziel ist der Aufbau eines integrierten Übergangssystems in Ausbildung und Arbeit in Zusammenarbeit mit den Schulen, Kommunen, Kammern, der Agentur für Arbeit und anderen Akteuren. Dadurch sollen Jugendliche intensiver begleitet und unterstützt werden. Alle jungen Menschen, die ausbildungswillig sind, müssen einen Ausbildungsplatz erhalten.
- Der Versorgungsgrad und auch die Qualität der Kindertagesstätten und Krippen müssen verbessert werden, um eine erfolgreiche frühkindliche Bildung zu etablieren. Ziel muss es sein, in allen Regionen des Landes eine ausreichende Zahl von Plätzen vorzuhalten.

Um die Qualität der beruflichen Bildung auch in der Fläche zu erhalten, ist ein Zukunftssicherungskonzept für die berufsbildenden Schulen in Niedersachsen erforderlich. In diesem Zusammenhang sind auch neue Kooperationsformen sinnvoll, die ein dezentrales Berufsschulangebot in Niedersachsen sichern. Die Ausbildungskapazitäten für Berufsschul-Lehrkräfte in Niedersachsen müssen wieder erhöht werden, um den künftigen Bedarf abzudecken.

Hinzukommen müssen zu diesen bildungspolitischen Maßnahmen zudem verstärkte sozial- und gesellschaftspolitische Anstrengungen zugunsten einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Frauen, älteren Arbeitnehmern und Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund. Niedersachsen muss sich als attraktives und weltoffenes Land profilieren, dass insbesondere qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland willkommen heißt. Hierzu sind die Verfahren zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen auf den Prüfstand zu stellen.

HOCHSCHULEN STÄRKEN UND ÖFFNEN

Niedersachsen verfügt über eine reiche Hochschullandschaft mit enormen Potenzialen für Forschung und Lehre. Allein elf Universitäten verteilen sich auf neun Standorte, darunter so renommierte Institutionen wie die traditionsreiche Georg-August-Universität Göttingen, die Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, die Medizinische Hochschule Hannover oder auch die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Obwohl an den Universitäten vielfach sowohl in der Grundlagen- als auch der anwendungsorientierten Forschung auch im internationalen Rahmen Spitzenleistungen erbracht werden, konnte sich in der zweiten Exzellenzinitiative von Bund und Ländern keine dieser Hochschulen durchsetzen. Dies ist auch ein weiterer Rückschlag für die niedersächsische Wissenschaftspolitik. Es wird künftig darauf ankommen, den niedersächsischen Universitäten wieder die Anerkennung zukommen zu lassen, die ihrer Bedeutung und ihren Möglichkeiten entspricht. Das Land braucht eine konsistente Strategie zur Förderung der Spitzenforschung, es braucht wissenschaftliche Leuchttürme um seine Position als

Standort in der innovationsorientierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zu behaupten und weiter auszubauen. Nicht zuletzt sind die Universitäten auch ein Aushängeschild des Landes im Wettbewerb um die klügsten Köpfe.

Schon jetzt fehlen in Niedersachsen jedoch mehr als 20.000 Studienplätze. Während bundesweit nur jeder zweite Studienplatz eine Zulassungsbeschränkung hat, sind es in Niedersachsen zwei von drei Studienplätzen. Ohne einen auch quantitativen Ausbau der Hochschulen wird der Mangel an akademischem Nachwuchs nicht zu beseitigen sein. Obwohl das Land inzwischen über keine anerkannte Elite-Universität mehr verfügt, werden in bizarrem Kontrast zu diesem schweren Imageschaden in Niedersachsen als einzigem Bundesland außer Bayern sogar noch Studiengebühren erhoben. Diese zusätzliche finanzielle Hürde ist inzwischen ein klarer Wettbewerbsnachteil für Niedersachsen in der Rekrutierung von Hochqualifizierten. Daher müssen die Studiengebühren abgeschafft werden.

Einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung vorhandener Bildungsreserven kann die breite Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte leisten. Denn Absolventen der beruflichen Bildung stellen ein bisher wenig genutztes Potential zur Steigerung des Anteils der Hochqualifizierten dar. Zwar wurden in Niedersachsen schon früh die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass auch beruflich Qualifizierte ohne Abitur studieren können. Doch nur wenige nutzen diese Möglichkeit (weniger als 2% der Studierenden sind beruflich Qualifizierte). Um eine breitere Beteiligung zu erreichen, müssen neben den rechtlichen vor allem die qualitativen Rahmenbedingungen an den Hochschulen verändert werden. Studienangebote und Studienorganisation müssen an die neuen Zielgruppen angepasst und die Anrechnung von im Beruf erworbenen Qualifikationen auf das Studium sichergestellt werden. Um die Durchlässigkeit des Bildungssektors in seiner gesamten Breite gesellschaftlich zu verankern, bedarf es darüber hinaus einer lebendigen Unterstützerkultur, die insbesondere die aktive Mitmachbereitschaft der Betriebe, aber auch der Berufsbildenden Schulen und der Weiterbildungsrichtungen umfasst.

- Bei der Steigerung von Hochschulqualifikationen kommt insbesondere den Fachhochschulen eine Schlüsselstellung zu. Sie sind besonders geeignet die vorhandenen Bildungspotenziale zu mobilisieren. Ihre regionale Verankerung und ihre enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ihres Einzugsbereichs eröffnen gute Beschäftigungsperspektiven für ihre Absolventinnen und -absolventen. Daher gilt es, die bereits erfolgte überproportionale Ausweitung der Kapazitäten an den Fachhochschulen fortzusetzen.
 - Fachhochschulen erschließen nicht nur Bildungsreserven, sie wirken auch als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie sind ein entscheidender Faktor für die Attraktivität von Regionen und wirken sich positiv auf die demografische Entwicklung aus. Junge Menschen wandern zur Ausbildung nicht ab bzw. kommen in die Region, prägen das soziale und kulturelle Leben, bleiben auch nach dem Studium oft in der Region und stehen dem Arbeitsmarkt als hoch qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung.
 - Die an Fachhochschulen gepflegte enge Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft ist eine wichtige Voraussetzung für eine regionale Innovationsstrategie, auch weil an diesen Hochschulen der Führungskräftenachwuchs für Unternehmen insbesondere von KMUs, aber auch für die berufliche Selbstständigkeit ausgebildet wird.
 - Fachhochschulen, aber mehr noch Universitäten, müssen im Rahmen des Technologietransfers künftig im Bereich der anwendungsorientierten Forschung effektiver mit der Wirtschaft zusammenarbeiten. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Forschung für die Bereitstellung von Technologien einer nachhaltigen und sicheren Energieversorgung zu. Deshalb müssen dort mehr Studienplätze im Bereich der Umwelt- und Energiewissenschaften geschaffen und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gestärkt werden.
 - Eine zentrale Rolle bei der Verbesserung der Bildung und Ausbildung spielt auch die Weiterbildung. Deshalb müssen sich die Hochschulen zukünftig mehr für diesen Bereich öffnen und insbesondere berufsbegleitende Weiterbildungsstudiengänge anbieten. Insbesondere um KMU für die neuen Möglichkeiten der Offenen Hochschule zu gewinnen, muss ein Netzwerk zwischen Weiterbildungseinrichtungen, Berufsbildenden Schulen, Arbeitsmarktverwaltung, Kammern und Verbänden, Gewerkschaften, Kommunen und Unternehmen sowie Hochschulen geknüpft werden.
 - Das System der dualen Ausbildung und insbesondere der Berufsbildenden Schulen soll in Zukunft verstärkt für die Sicherung qualifizierter Fachkräfte und zur Höherqualifizierung genutzt werden. Der Ausbau der Berufsbildenden Schulen zu Kompetenzzentren weist ihnen neue Aufgaben im Bereich der beruflichen Weiterbildung zu und festigt ihre Rolle als Schnittstelle auch zur Hochschulausbildung. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Berufsbildenden Schulen auch die materiellen und personellen Voraussetzungen erhalten, um ihrer neuen Rolle gerecht zu werden.
- In Zukunft wird es darum gehen, die Durchlässigkeit im Bildungssystem konsequent auszubauen und durch Angebote des berufsbegleitenden Studiums (Offene Hochschule) den Zweiten Bildungsweg zu einer zentralen Säule der Höherqualifizierung auszubauen.

ZUKUNFT DES ARBEITSMARKTES

Dem Arbeitsmarkt der Zukunft droht die Spaltung in ein Segment mit qualitativ guten Arbeitsbedingungen und in ein Segment mit prekären Arbeitsverhältnissen. Auf der einen Seite zeichnen sich große Beschäftigungsbereiche mit qualifizierten Arbeitskräften ab, die aufgrund ihrer relativen und zunehmenden Knappheit stark umworben werden. Auch hier gibt es Probleme (z.B. „burn out“ oder „Generation Praktikum“), die Mehrheit der Lohn- und Gehaltsabhängigen dieses Segments hat allerdings gemeinsam mit ihren Interessensvertretungen und Gewerkschaften gute Chancen, ihre Einkommensposition zu verbessern und die Qualität ihrer Arbeit zu gestalten. Der demografische Wandel ist gerade auch eine große Chance, nach wie vor bestehende Diskriminierungen von Frauen am Arbeitsmarkt und die Notwendigkeit familienfreundlicher Arbeitsbedingungen auf die Agenda zu rücken. Der Trend zur Wissensarbeit erhöht den Druck in den Unternehmen, mehr Teilhabe an der Gestaltung der Arbeitsplätze zuzulassen. Mehr Partizipation und Mitbestimmung werden hier auch zu einer betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit, um die produktiven Reserven lebendiger Arbeit zu aktivieren. Dies zielt auf einen umfassenden Ansatz der Mitbestimmung am Arbeitsplatz über den Betrieb bis zum Unternehmen.

Innovations- und arbeitsfördernde Unternehmenskulturen, belastbare betriebliche Sozialbeziehungen, altersgerechte Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, zielführende Leistungs- und Kompetenzanforderungen, familien- und gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen entstehen nicht naturwüchsig, sie erfordern vielmehr Beteiligungsrechte „mündiger Mitarbeiter“. Inzwischen haben auch viele Unternehmen erkannt, dass nur kompetente, leistungsbereite Mitarbeiter/innen eine nachhaltige Grundlage für die Innovationsfähigkeit und damit für den unternehmerischen Erfolg darstellen. In Zukunft wird es darum gehen, die Unternehmen zu ermutigen, diese Potenziale aktiv aufzugreifen und das gesellschaftliche Klima für mehr Demokratie im wirtschaftlichen Bereich politisch herzustellen. Aber auch jenseits betriebswirtschaftlicher Produktivitätsreserven besteht die Notwendigkeit, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Gestaltungsspielräume am Arbeitsplatz zu ermöglichen. Eine Denkfabrik aus Wissenschaft,

Gewerkschaften und Management soll in Niedersachsen zukünftig diese Prozesse begleiten.

Auf der anderen Seite ist aber auch die Tendenz einer zunehmenden Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen unverkennbar. Leiharbeit, Arbeitsplatzunsicherheit, eine zunehmende Befristungs-(Un-)Kultur, Arbeitsstress, psychisch belastende Arbeitsbedingungen, schlechte und ungleiche Entlohnung zählen in bestimmten Wirtschaftsbereichen zu den konkreten Alltagserfahrungen von Beschäftigten. Gleichzeitig werden für viele Arbeitslose die Integrationschancen durch Kürzung der Arbeitsförderung verschlechtert. Trotz Fachkräftemangel werden sie vom Zugang zum Arbeitsmarkt abgekoppelt. Dieser Arbeitswirklichkeit setzen wir eine Politik „Guter Arbeit“ entgegen. Gute Arbeit stellt den Menschen in den Mittelpunkt und eröffnet damit die Grundlage für die Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dazu gehören verbindliche, flächendeckende Mindestlöhne, die Geltung von Tarifreuegesetzen, die Regulierung von Leiharbeit, der Abbau von Arbeitsplatzunsicherheit und Befristungs-(Un-)Kultur, der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, die Regelung des Arbeitnehmerdatenschutzes und ein gesetzlicher Anspruch auf Weiterbildung. Deswegen muss in Niedersachsen endlich ein umfassendes Tarifreuegesetz für alle Branchen eingeführt werden und möglichst viele Tarifverträge müssen in Niedersachsen allgemeinverbindlich werden.

Gute Arbeit heißt auch „Bildung für alle“. Das Recht auf Bildung ist ein Grundrecht zugunsten der Emanzipation und Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Einzelnen. Wir wollen gemeinsam mit den Sozialpartnern Handlungsfelder für eine Arbeitspolitik der Zukunft erörtern und diese mit der Mitbestimmung verbinden. Dies schafft die Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Gestaltung von Arbeit in Niedersachsen.

AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK FÜR DIE MENSCHEN UND DIE WIRTSCHAFT

Niedersachsen braucht eine aktive Arbeitsmarktpolitik und eine entschlossene Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, um die Fachkräftebasis zu sichern und den Wirtschaftsstandort zu stärken. Mit aktiver Arbeitsförderung leisten wir einen Beitrag für sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze, stärken den sozialen Zusammenhalt und wirken der Spaltung des Arbeitsmarktes entgegen.

Trotz der bis dahin guten Wirtschaftsentwicklung waren im Frühjahr 2012 rd. 270.000 Menschen arbeitslos. Weitere 80.000 gelten als unterbeschäftigt und befinden sich in Fördermaßnahmen, wie z.B. beruflicher Weiterbildung, Arbeitsgelegenheiten, ABM, Gründungszuschuss und Altersteilzeit. Intensive Unterstützung brauchen vor allem die rund 90.000 Langzeitarbeitslosen in Niedersachsen. Während in vielen Betrieben inzwischen Fachkräfte fehlen, tun Landes- und Bundesregierung längst nicht genug zur Eingliederung dieser Menschen in Arbeit. Im Gegenteil: Mit ständigen Mittelkürzungen bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern verschlechtert der Bund die Chancen der Arbeitslosen auf eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Wir werden uns daher gegenüber dem Bund und der Arbeitsverwaltung für eine an den Bedürfnissen der Arbeitslosen und der niedersächsischen Wirtschaft ausgerichtete Arbeitsförderung einsetzen und dies gezielt durch Landesinitiativen flankieren. Arbeitsförderung muss verlässlich finanziert werden und einen wirksamen Beitrag zum Arbeitsmarktausgleich und zur Fachkräftesicherung leisten. Notwendig ist in diesem Rahmen auch ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, um langzeitarbeitslose Menschen entsprechend ihren individuellen Möglichkeiten wieder in Arbeit zu bringen. Dafür sind auch die bisherigen passiven Leistungen des Arbeitslosengeldes zu aktivieren. Wir wollen daher:

- Ein arbeitsmarktpolitisches Konzept entwickeln und umsetzen, das mit zielgenauer Arbeitsförderung die Chancen auf Erwerbstätigkeit für alle sichert, die arbeiten können und wollen. Dafür schaffen wir eine verlässliche Finanzierungsbasis mit Landesmitteln und den ESF Mitteln der neuen EU Förderperiode.
- Wir werden die entsprechenden umfassenden Strategien zur Fachkräftesicherung den regionalen Erfordernissen angepasst vor Ort verankern. Wir werden hierzu alle verfügbaren Instrumente nutzen.
- Großen Stellenwert bekommt ein Fachkräftebündnis mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Arbeitsverwaltung, um zum einen Arbeitslosigkeit zielgenauer zu bekämpfen und zum anderen die regionale Wirtschaft bei der Gewinnung und Sicherung von Fachkräften zu unterstützen. Im Rahmen des Fachkräftebündnisses sollen moderne Steuerungsinstrumente genutzt und Zielvereinbarungen mit den Arbeitsmarktakteuren geschlossen werden.
- Schwerpunkt der Arbeitsförderung wird die Qualifizierung von Arbeitslosen und von Beschäftigten sein, deren Qualifikationen vom Strukturwandel bedroht sind.
- Besonderes Augenmerk legen wir auf die Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen junger Menschen. Jeder junge Mensch muss einen Ausbildungsplatz bekommen. Der Zugang zum Dualen System ist durch gezielte Berufsvorbereitung und eine Neuordnung des ineffektiven Übergangssystems zu verbessern. Außerdem wollen wir die hohen Abbrecherquoten bei der dualen Ausbildung senken.
- Durch flankierende Begleitung in der Dualen Ausbildung möchten wir auch jungen Menschen mit schlechteren Startvoraussetzungen eine erfolgreiche betriebliche Ausbildung ermöglichen. In Zusammenarbeit mit Betrieben, Kammern, Arbeitsverwaltung und Bildungsträgern werden wir hierfür neue Instrumente schaffen. Außerdem wollen wir mit einer Initiative „2. Chance“ allen Menschen zwischen Mitte zwanzig und Mitte dreißig, die bisher ohne Ausbildung geblieben sind, eine Ausbildung ermöglichen.

- Ein wesentlicher Schlüssel zur Sicherung der Fachkräftebasis liegt in einer höheren Frauenerwerbstätigkeit. Dabei geht es für uns zum Einen um eine höhere Erwerbsbeteiligung durch kürzere Erwerbspausen, andererseits um den Abbau bestehender Unterbeschäftigung durch Teilzeitjobs und 400-Euro-Jobs. Viele Frauen insbesondere in Dienstleistungsjobs wünschen sich eine Aufstockung ihrer Arbeitszeit und auskömmliche Beschäftigung, finden aber nur schlecht bezahlte Teilzeitjobs vor. Durch ein deutlich verbessertes Betreuungsangebot für Kinder im Kita- und Grundschulalter unterstützen wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mütter und Väter. Ein besonderes Augenmerk der Arbeitsförderung muss auf die Arbeitsmarktintegration von Alleinerziehenden liegen.
 - Für Langzeitarbeitslose und für Menschen, die ohne staatliche Unterstützung keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, muss ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor etabliert werden, der durch die bisher passiv eingesetzten Mittel des Arbeitslosengeldes finanziert wird. Dazu werden wir Modellprojekte auf Landesebene und Gesetzesinitiativen auf Bundesebene starten.
 - Neben der Aktivierung und Erschließung des hiesigen Potentials brauchen wir auch eine qualifizierte Zuwanderung, dafür ist eine gelebte Willkommenskultur unerlässlich.
 - Außerdem werden wir uns für eine bessere Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderungen einsetzen, um Inklusion umfassend zu verwirklichen.
- Eine aktive Arbeitsförderung ist für uns ein wichtiges Element einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik für Niedersachsen und gleichzeitig ein wichtiger Baustein im Rahmen einer aktiven Regional- und Strukturpolitik. Deshalb muss auch in Zukunft Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik aus einer Hand betrieben werden. Das Land muss gemeinsam mit den Arbeitsmarktpartnern die Verzahnung von Arbeits- und Strukturförderung weiter vorantreiben und gleichzeitig mit der Arbeitsverwaltung und der kommunalen Seite im Rahmen moderner Steuerungskonzepte mit Zielvereinbarungen eine abgestimmte und zielgenauere Verwendung der Budgets anstreben.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE HANDLUNGSFELDER FÜR NIEDERSACHSEN

INDUSTRIEPOLITIK: NACHHALTIGKEIT UND INNOVATIONSORIENTIERUNG

Die Krise hat noch einmal vergegenwärtigt, welche grundlegende Bedeutung die industrielle Basis für die Volkswirtschaft hat. Die angelsächsischen Länder, die in der Vergangenheit einseitig auf die Dienstleistungswirtschaft gesetzt haben, haben sich im Vergleich zur deutschen Volkswirtschaft als wesentlich verwundbarer erwiesen. Die Verarbeitende Industrie ist trotz der beobachtbaren Strukturwandeltrends überhaupt nicht wegzudenken, insbesondere die forschungsintensive Industrie ist mit den wissensintensiven Dienstleistungsbereichen eng verflochten. Industrielle Produktion wird am Standort Deutschland zukünftig deshalb weit überwiegend in forschungsintensiven Industrien und unter qualitativ guten Arbeitsbedingungen stattfinden. Die Industriepolitik sollte sich sowohl in Richtung auf eine nachhaltige, ressourceneffiziente und weltweit wettbewerbsfähige Erneuerung der industriellen Basis, als auch auf einen nachhaltigen Übergang zu einer zunehmend wissens- und forschungsintensiven Industrie orientieren. Wir brauchen einen neuen Mut zu einer modernen, intelligenten und nachhaltigen Industriepolitik, die in sich schlüssig und zielgerichtet ist und eine klare Strategie verfolgt. Dafür müssen aussagekräftige Indikatoren entwickelt werden, mit denen der Erfolg gesichert und überwacht wird. Es wird entscheidend darauf ankommen, dass sich Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft insgesamt der Herausforderung stellen, die gesamte Wertschöpfungskette industrieller und gewerblicher Produktion in Deutschland zu halten und diese durch technologische Innovation, arbeitspolitische Gestaltung und ökologische Modernisierung zukunftsfähig zu machen. Darum muss ein klares Partnerschaftsprinzip in allen Bereichen und Maßnahmen sichergestellt werden.

Die großen Katastrophen der Gegenwart von Deep Water Horizon über Fukushima bis zum Klimawandel zeigen uns eindringlich, dass wir eine nachhaltige Industriepolitik brauchen, die auf eine Entkoppelung des Kohlenstoff- und Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum abstellt. Wir können die dramatischen ökologischen Herausforderungen ohne Investitionen in technologische Innovationen nicht lösen. Intelligentes und nachhaltiges Wachstum sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Die Arbeitsproduktivität hat sich in den letzten Jahrzehnten wesentlich schneller entwickelt als die Produktivität der Ressourcen (Energie und Material). Die deutliche Steigerung der Ressourcenproduktivität und -effizienz, Wiederverwendung und Recycling von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen stärkt die globale Wettbewerbsposition der niedersächsischen Industrie. Die Vergabe von Fördermitteln, die Initiierung von Forschungsprojekten und die Politik öffentlicher Unternehmen sollen in Zukunft dazu beitragen, dass Ressourceneffizienz und regenerative Energien in Niedersachsen Vorrang haben.

Darüber hinaus sollte die Entwicklung neuer Ansätze als Prototypen, wie Ressourcen-Contracting, das Verbreiten von bewährten Verfahren und die Förderung von Ressourceneffizienz-Netzwerken vorangetrieben werden. Die Weiterentwicklung von entsprechenden Produkt- und Prozessnormen und Leitlinien sowie ein KMU-freundlicher Unternehmensnachhaltigkeitsbericht, der den „ökologischen Rucksack“ analysiert, damit zu Kosteneinsparungen führt und so Unternehmen wettbewerbsfähiger macht, sollte Standard werden. Der Schlüssel zum Erfolg einer neuen, nachhaltigen Industriepolitik kann nur in einem integrierten Ansatz im Regierungshandeln liegen, der durch horizontale und sektorale Initiativen und Maßnahmen unterstützt wird. Dies erfordert eine Neuausrichtung und Bündelung der Landesinitiativen, der Regierungskommission

DIENSTLEISTUNGSPOLITIK: QUALITÄTS- STATT KOSTENORIENTIERUNG

Klimaschutz, der Allianz für Nachhaltigkeit und der 6. Regierungskommission "Energie- und Ressourceneffizienz". Regelmäßige Branchendialoge in Schlüsselindustrien als sektoralen Initiativen sind unter Beteiligung aller Interessenträger zu entwickeln und mit klaren strategischen Inhalten auszurichten.

In Niedersachsen existieren an unterschiedlichen Standorten wettbewerbsfähige und energieintensive Industrien, die auch im Rahmen der ökologischen Modernisierung zu erhalten sind. Niemanden – auch der globalen CO₂-Bilanz nicht – ist damit gedient, wenn niedersächsische Unternehmen aufgrund restriktiver Vorgaben ins Ausland abwandern. Nachhaltige Industriepolitik heißt daher auch einen verantwortungsvollen und behutsamen Pfad der ökologischen Modernisierung zu beschreiten, der Anpassungsprozesse und vorübergehende Ausnahmeregelungen bzw. Kompensationszahlungen umfasst. Vorschriften zur Reduzierung von CO₂-Emissionen müssen berechenbar und verhältnismäßig sein, zugleich aber wirksame Impulse für Innovationsprozesse auslösen. Zur Absicherung und Weiterentwicklung der Standorte energieintensiver Industrien soll eine Taskforce eingerichtet werden, die die Intensivierung von Effizienzstrategien auch in diesen Wirtschaftsbereichen koordiniert. Die Forschungsförderung für Effizienzverbesserungen und Substitution energieintensiver Prozesse und Technologien in der Industrie muss deutlich ausgebaut werden.

Die verarbeitende Industrie ist der traditionelle Anknüpfungspunkt für die Technologie- und Innovationspolitik. Allerdings entstehen heute zusätzliches Wachstum und Beschäftigung zu einem Großteil im Bereich der Dienstleistungen. Mittlerweile beläuft sich deren Anteil an Wertschöpfung und Erwerbstätigkeit in Deutschland bereits auf knapp drei Viertel.

Die Dynamik im Dienstleistungssektor ist heute zur treibenden Kraft geworden – auch für industrielle Forschung und Innovationen. Beispiele in dieser Hinsicht stellen die engen Zusammenhänge zwischen Dienstleistungen in Mobilität/Verkehr einerseits und technologischen Neuerungen in Automobil-, Luftfahrzeug-, Schiffbau und Kommunikationstechnik andererseits dar. Vergleichbare Entwicklungen zeigen sich im Bereich der Gesundheitsleistungen, bei der Entwicklung von Medizintechnik und neuen Arzneimitteln. Praktisch alle Verbesserungen in der (öffentlichen) Daseinsvorsorge sind durch ein Zusammenspiel von sozialen Innovationen, neuen Dienstleistungen und industriellen **Neuerungen** gekennzeichnet. Industrielle Forschung und Entwicklung richten sich immer stärker an den **Bedürfnissen des Dienstleistungssektors** aus, in manchen Bereichen sind Industrie und Dienstleistungen fast untrennbar miteinander verwoben. Das betrifft insbesondere die Bereiche Information, Kommunikation und Medien. Verarbeitende Industrie und Dienstleistungen bedingen heute einander und weisen in den Regionen meist gleichgerichtete Entwicklungspfade auf. Besonders eng sind die Bindungen zwischen forschungsintensiver Industrie und hochwertigen Dienstleistungen. Der Dienstleistungssektor nimmt darüber hinaus auch eine zentrale Rolle bei der Lösung **gesellschaftlicher Herausforderungen** wie ökologischer Umbau, demografischer Wandel und Verbesserung der Lebensqualität ein.

Dienstleistungen umfassen ein breites Spektrum an **Qualifikationsprofilen**. Es ist davon auszugehen, dass die Qualifikationserfordernisse bei zunehmender Professionalisierung von Dienstleistungen überdurchschnittlich hoch sind und weiter steigen werden. Sowohl produktions- und distributionsbezogene Dienstleistungen als auch haushaltsnahe, soziale und öffentliche Dienstleistungen üben daher mit ihrem überproportionalen Wachstum zusätzlichen Nachfragedruck auf das Bildungssystem aus. Deshalb entstehen Wachstums- und Beschäftigungspässe vor allem dort, wo sich das Bildungssystem den qualifikatorischen Anforderungen hochwertiger Dienstleistungen nicht gewachsen zeigt.

In Deutschland hat sich in den vergangenen 30 Jahren das Versagen der Bildungspolitik als Wachstums- und Beschäftigungsbremse für qualitativ hochwertige Dienstleistungen erwiesen. Gleichzeitig und zulasten der Dienstleistungsqualität setzte sich die neoliberale Ideologie durch und führte in Folge von ungezügelter Privatisierung und Liberalisierung sowie einer unzureichenden Arbeitsmarktgesetzgebung zu einer kräftigen Ausweitung der prekären Beschäftigungsverhältnisse. Schlechte Arbeitsbedingungen und hohe Dienstleistungsqualität sind jedoch ein Widerspruch! Diese falsche Weichenstellung diskriminiert insbesondere **haushaltsnahe, soziale und öffentliche Dienstleistungen**, also gerade jene Leistungen, die eine hohe gesellschaftliche Bedeutung haben. Dienstleistungen, die überwiegend von Frauen erbracht werden, sind in dieser Hinsicht besonders betroffen. Die Grundprinzipien guter Arbeit – leistungsgerechte Entlohnung, die ein Leben in Würde ermöglicht, und hohe gesellschaftliche Wertschätzung – müssen im Dienstleistungssektor stärker durchgesetzt werden: Gute Arbeitsbedingungen und Professionalisierung bis hin zur weiteren Akademisierung der Ausbildung, lebenslanges Lernen sowie Verbreiterung der sozialen und kommunikativen Kompetenzen sind die Grundlagen einer Politik zur Förderung hochwertiger Dienstleistungen. Hier gibt es noch gewaltige Barrieren.

Wissensintensive Dienstleistungen zählen zu den Stützen des Strukturwandels, darunter vor allem die Kultur- und **Kreativwirtschaft**. Diese Branche ist hochinnovativ, mittelständisch geprägt, selbständig und wird von freiberuflich Tätigen dominiert. Die recht einseitige technologische Ausrichtung des FuE-Systems ist in Niedersachsen besonders stark ausgeprägt. Erst spät sind der gewaltige Innovationsbedarf des Dienstleistungssektors und dessen hohes Innovationspotenzial ins Visier der Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik gerückt. Die Förderung der Dienstleistungsforschung ist daher künftig zu verstärken.

Neben diesen angebotsseitigen Hemmnissen hat sich in Deutschland ein massiver Stau bei **Investitionen in öffentliche Infrastruktureinrichtungen** wie Bildung/Erziehung sowie Gesundheit/Pflege und in die ökologische Modernisierung gebildet. Ein Mangel an Einrichtungen, die hochwertige und bezahlbare Dienstleistungen anbieten könnten, begrenzen auch die Innovationsimpulse öffentlicher Beschaffungen. In diesem Sinne ist eine **nachfrageseitige Flankierung** der Expansion hochwertiger Dienstleistungen anzustreben. Hierzu gehören sowohl Investitionsanreize für KMU als auch eine ausreichende Finanzausstattung des Erziehungs- und Bildungssystems sowie des Gesundheits- und Pflegesystems.

KMU UND HANDWERK: WISSENSBASIS STÄRKEN**KMU im Mittelpunkt**

Im Mittelpunkt unserer wirtschafts- und strukturpolitischen Anstrengungen stehen die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Sie beschäftigen die große Mehrheit der Erwerbstätigen in Niedersachsen und übernehmen auch in der Ausbildung die größte Verantwortung. Im Unterschied zu den Großbetrieben des Landes brauchen sie eine aktive Unterstützung, wenn es um die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren geht. Die Herausforderungen der innovationsorientierten Industrie- und Dienstleistungswirtschaft, der Energiewende und des demographischen Wandels stellen sich für diese Unternehmen in besonderer Weise. Die künftige Wirtschaftspolitik des Landes muss die vorhandenen strukturpolitischen Ressourcen zugunsten der KMU einsetzen. Niedersachsen braucht eine Innovationspolitik, die sich zum Ziel setzt, auch jene KMU-Betriebe und Teilregionen für die Anforderungen einer wissensbasierten Ökonomie anschlussfähig zu machen, die bislang nur eine schwache Wissensbasis aufweisen. Während Großunternehmen in der Regel über hinreichende Ressourcen verfügen, ihre Innovationsprozesse erfolgreich zu managen, und in die regionalen, überregionalen und globalen Wissensnetze adäquat eingebunden sind, stellt die Organisation des Innovationsprozesses vor allem KMU vor besondere Herausforderungen. Im Rahmen der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik kommt es daher entscheidend darauf an, die Basis der Unternehmen zu verbreitern, die aufgrund ihrer Qualifikationsstrukturen in der Lage sind, eigene Innovationsaktivitäten zu entwickeln und damit auch an innovationsorientierten Netzwerken erfolgreich zu partizipieren. Eine landesweite Versorgung mit Breitbandnetzen ist hierfür eine unabdingbare Voraussetzung. Gleichzeitig bedarf es gerade für KMU gezielter Unterstützung, um die Unternehmen für den demographischen Wandel zu wappnen. Der Ausbau einer altersgerechten Arbeitsorganisation sowie gezielte Weiterbildungsstrategien werden auch für KMU unerlässlich. Eine mit Unterstützung des Landes eingerichtete „Demographie-Agentur“ kann dabei, aber auch bei dem immer virulenter werdenden Problem der Unternehmensnachfolge in Familienunternehmen wichtige Impulse und Hilfestellung geben.

Innovatives Handwerk

Niedersachsen ist ein Standort mit großen handwerklichen Traditionen. Über 500.000 Menschen sind in Niedersachsen im Handwerk tätig. Das Handwerk spielt zudem eine ausgesprochen wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen.

Auch dieser Wirtschaftsbereich befindet sich in einem Strukturwandel, der große Chancen, aber auch neue Herausforderungen mit sich bringt. Einerseits profitieren auch die niedersächsischen Handwerksbetriebe von der Energiewende. Das Handwerk beteiligt sich sowohl an neuen Technologien im Bereich der regenerativen Energien als auch an Dienstleistungen zur Umsetzung energieeffizienter Problemlösungen. Besondere Chancen ergeben sich durch Techniken des energiesparenden Bauens und der energetischen Sanierung. Das Ausmaß handwerklicher Innovation geht weit über Erneuerungen im Bereich energiewirtschaftlicher und -technischer Entwicklungen hinaus.

Auch in anderen Branchen, wie dem Sondermaschinenbau, der Feinmechanik oder dem Ausbaugewerbe werden innovative Strategien verfolgt. Die Innovationspolitik des Landes muss deshalb zukünftig auch gezielt das Handwerk ansprechen und Innovationen im Handwerk fördern. Modellprojekte für kreative und innovative Problemlösungen im Handwerk sind zukünftig in verstärktem Umfang zu fördern.

Angesichts des sich verschärfenden Wettbewerbs um knapper werdende qualifizierte Arbeitskräfte steht das niedersächsische Handwerk vor der Herausforderung, eigene personalpolitische Strategien zu entwickeln. Dabei muss das Handwerk aktiv durch die Landesregierung unterstützt werden, z.B. auch durch eine verstärkte Förderung des Personaltransfers von jungen Hochschul- und Fachhochschulabsolventen in Handwerksunternehmen und KMU. Dieser notwendige Veränderungsprozess soll im Rahmen eines speziellen Programms „Personalmanagement im Handwerk“ gefördert werden. Der Einsatz von (hoch-) qualifiziertem Personal in Handwerk und KMU ist ebenso zu fördern wie der Weg in die Selbständigkeit und die Gründung von neuen Unternehmen.

Strukturpolitik

Der zurückliegende Aufschwung hat das Land nicht gleichmäßig erreicht. Deutlich erkennbar ist, dass sich die regionalen Arbeitsmärkte auseinander entwickeln: Während in Nord-West-Niedersachsen in einzelnen Teilregionen faktisch Vollbeschäftigung herrscht, ist die Arbeitslosigkeit in den strukturschwachen ländlichen Räumen im südlichen und östlichen Niedersachsen (Weserbergland, Harz) mit Quoten von bis zu neun Prozent mitunter doppelt so hoch. Hinzu kommt das unbewältigte Problem der Langzeitarbeitslosigkeit: Fast 34 Prozent der niedersächsischen Arbeitslosen sind bereits länger als ein Jahr arbeitslos.

Innovationswettbewerb und Strukturwandel führen tendenziell zur Verstärkung räumlicher Disparitäten. Diese Drift wird durch den demographischen Wandel noch verstärkt. Bereits heute weisen fast alle nicht-urbanen Räume in Niedersachsen bei der Bevölkerung zwischen 16 und 30 Jahren einen negativen Wanderungssaldo auf. Lediglich die städtischen Räume und die Standorte mit überregional bedeutsamen Bildungseinrichtungen verzeichnen in dieser Altersgruppe Zuwächse. Angesichts des bereits einsetzenden verschärften Wettbewerbs um die jungen qualifizierten Altersgruppen wird es zu einer erheblichen Herausforderung, die ländlichen Regionen für die Anforderungen der innovationsorientierten Industrie- und Dienstleistungswirtschaft anschlussfähig zu machen. Zukünftig wird es nicht ausreichen, an den regionalen Standorten Arbeitsplätze anzubieten. Wettbewerbsfähige Regionen sind in Zukunft mehr denn je gute Arbeits- und Lebensstandorte. Es muss darum gehen, die auch in Niedersachsen erkennbaren räumlichen Ungleichgewichte stärker auf die Agenda zu rücken. So werden die großen Städte und Metropolregionen zu Recht als Wachstumszentren begriffen. Sie brauchen einen finanziellen und formalen Rahmen, der es ihnen erlaubt, dieser Anforderung gerecht zu werden. Gut ausgebaute Hochschulen mit einem offenen Zugang für alle Einkommensschichten gehören ebenso dazu wie leistungsfähige Nahverkehrssysteme, breite schulische Angebote und umfassende Kinderbetreuungseinrichtungen. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass sich auch innerhalb der Städte erhebliche Disparitäten zeigen. Den vielfach aufgewerteten Innenstädten stehen ganze Stadtviertel gegenüber, die Tendenzen zur Ghettobildung

aufweisen. Da der öffentlich geförderte Wohnungsbau in den letzten Jahren völlig heruntergefahren wurde, drohen sich Probleme der Segregation zu verschärfen. Notwendige Modernisierungen wie etwa zur Energieeffizienzsteigerung könnten im Gefolge der zu erwartenden Mieterhöhungen die Ungleichgewichte zusätzlich verschärfen. Auch auf diese Entwicklungen muss eine zukunftsorientierte Strukturpolitik in Niedersachsen Antworten finden.

Aber auch der ländliche Raum muss zukunftsfähig gemacht werden. Viel zu lange wurden ländliche Gebiete ausschließlich als Wohngebiete begriffen. Die Infrastruktur wurde nicht aus- sondern abgebaut: Bus- und Bahnverbindungen wurden eingeschränkt, DSL- und Breitbandnetze kaum oder gar nicht ausgebaut, die ärztliche und pflegerische Versorgung mehr und mehr reduziert, selbst Post und Einzelhandel stehen vielerorts nicht mehr zur Verfügung. Diese Abwärtsspirale droht sich in Anbetracht des fortschreitenden demografischen Wandels in den kommenden Jahren weiter zu beschleunigen. Ein „Zukunftsprogramm ländlicher Raum“ soll diesen Trend umkehren. Eine Schlüsselrolle muss dabei den Klein- und Mittelzentren zukommen, die funktionale Verluste der Kommunen im ländlichen Raum teilweise kompensieren könnten.

Zur effektiven Umsetzung des „Zukunftsprogramms ländlicher Raum“ ist eine Bündelung des Regionalmanagements erforderlich. Bisher gibt es allein 5 größere Regionalförderprogramme (Leader, Regionalisiertes Teilbudget, ILEK etc.), die allesamt ähnliche Förderbereiche umfassen. Diese Zersplitterung atomisiert die zur Verfügung stehenden Fördermittel und führt zu Doppelarbeit und unnötiger Antragsbürokratie. Eine Zusammenführung dieser Bereiche, würde es ermöglichen, dem kommunalen Bereich in Zukunft ein umfassendes und finanziell vernünftig ausgestattetes Instrument zur Bewältigung der besonderen Problemlagen vor Ort zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus müssen die vorhandenen Förderprogramme auch ressortübergreifend verzahnt werden.

Die Initiativen zur Bewältigung eines ungleichen regionalen Wettbewerbs müssen aber aus den Regionen selbst erfolgen. Sie bedürfen der gemeinsamen Kraftanstrengung aller regionalen Akteure. Die sich in Niedersachsen in den zurückliegenden Jahren vollzogene Regionalisierung (Wachstumsinitiativen, Wachstumsregionen, Metropolregionen) kann in diesem Zusammenhang ein strategischer Ausgangspunkt sein. Im Rahmen der regionalen Strukturpolitik sollte zukünftig ein Schwerpunkt der Förderung in der Unterstützung von regionalen Initiativen zur Gewinnung von Talenten im ländlichen Raum liegen. Die Bildung von regionalen Entwicklungspartnerschaften mit klar begrenzten Zielsetzungen kann insbesondere vor dem Hintergrund der neu gestalteten EU-Förderperiode ein wirksames Instrument sein.

Infrastruktur

Damit Niedersachsen im fortlaufenden Strukturwandel erfolgreich bestehen kann, braucht die Wirtschaft des Landes gute Infrastrukturen. Die Unterlassung notwendiger öffentlicher Investitionen gefährdet die Substanz der Infrastruktur und damit die Wachstums- und Beschäftigungsaussichten der niedersächsischen Wirtschaft. Eine große Herausforderung wird in Zukunft allein die Sicherung des bestehenden Landesvermögens sein. Insbesondere dort, wo die Infrastruktur in Folge der Rückführung von Investitionshaushalten in der Vergangenheit Substanzverluste hinnehmen musste, werden künftig die erforderlichen Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen umgesetzt. Die physische Infrastruktur wird vor allem dort ausgebaut, wo sie für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes von strategischer Bedeutung ist.

Das betrifft vor allem

- die Hinterlandanbindung der Hafen- und Produktionsstandorte (JadeWeserPort)
- den Ausbau der niedersächsischen Häfen, insbesondere der beiden Offshore-Häfen Emden und Cuxhaven
- die Netzanbindung und Speichertechnologie für die Wind-offshore und -onshore,
- die in Planung befindlichen Autobahnverbindungen (insb. A 20, A22, A39),
- die Modernisierung und den Ausbau des Schienensystems,
- den Ausbau der kommunikationstechnischen Infrastruktur und
- die Modernisierung des Binnenwasserstraßensystems sowie
- den Ausbau intermodaler Güterumschlagsanlagen.

Schwerpunkt der Infrastrukturpolitik in einer sich zunehmend entwickelnden wissensbasierten Wirtschaft muss der Ausbau der Bildungs- und Forschungsinfrastruktur sein. Die „demographische Rendite“ soll künftig vor allem dafür eingesetzt werden, die Qualität von Schul- und Hochschulbauten grundlegend zu verbessern. Durch einen Sonderfonds „Energetische Sanierung von Schulen und Hochschulen“ gilt es, den qualitativen Umbau konsequent zu fördern.

Neben der Bildungs- und Forschungsinfrastruktur kommt der Einbindung in die weltweite leistungsfähige Kommunikationsinfrastruktur eine entscheidende Bedeutung für die Wissensgesellschaft zu; Breitbandnetze sind die Synapsen der Wissensgesellschaft. Eine landesweite Versorgung mit leistungsfähigen Kommunikationsnetzen zählt daher zu den künftigen Investitionsschwerpunkten des Landes.

Hohe Priorität hat weiterhin die Bewältigung des enorm wachsenden Güterverkehrsaufkommens. Parallel zur Kapazitätserweiterung muss ein Umsteuern im Güterverkehr erfolgen: Es gilt der Grundsatz: Vorrang schaffen für Schiene und Wasser. Gleichzeitig darf nicht in Vergessenheit geraten, den Öffentlichen Personennahverkehr in der Fläche (wieder) attraktiv zu machen.

EU-Förderpolitik 2020

Die kommende EU-Förderperiode stellt Niedersachsen vor die Herausforderung, mit weniger Mitteln deutlich anspruchsvollere Ziele zu erreichen als bisher. Gefordert wird eine integrierte Strategie, die vor allem auf eine intelligente Spezialisierung zugunsten der regionalen Leitbranchen und –märkte abzielt. Als übergeordnete Leitziele hat die EU den Klimaschutz, die Innovationsförderung, die Wettbewerbsfähigkeit und die Armutsbekämpfung festgelegt. Künftige EU-Projekte müssen einen messbaren Beitrag zu diesen Zielen leisten, nur dann können sie gefördert werden.

Um diese Aufgabe erfolgreich zu bewältigen, bedarf es einer klaren Schwerpunktsetzung. Noch werden rund 100 unterschiedliche Förderprogramme aus EFRE, ESF und ELER finanziert. Diese Atomisierung der Förderung gilt es aufzuheben und endlich zu einer klaren Fokussierung des Mitteleinsatzes zu kommen. Auf diese Weise können Handlungsspielräume erhalten, und zugleich wirksame Beiträge zur Entbürokratisierung geleistet werden. Eine derartige inhaltliche Umgestaltung der Förderprogramme würde damit endlich jene Veränderungen vollziehen, die seit fast einem Jahrzehnt angekündigt aber nie umgesetzt wurden.

Wirtschaftsförderung mit dem EFRE

Der Europäische Fonds zur Förderung der regionalen Entwicklung (EFRE) wird künftig vor allem auf Innovation, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU, Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz und Reduzierung des CO₂-Aufkommens ausgerichtet. Damit verbunden ist ein langfristiger Paradigmenwechsel von der Investitions- zur Innovationsförderung. Die einzelbetriebliche Förderung ist deshalb ein Auslaufmodell. In Zukunft muss die Gewährung von Fördermitteln an messbare Qualitätskriterien zu Ressourceneinsparung, Arbeitsplatzschaffung und betrieblichen Innovationsprozessen anknüpfen.

Die bisher getrennten Programme von Unternehmens- und Innovationsförderung müssen in diesem Prozess eng miteinander verzahnt werden. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen müssen bei der Entwicklung und Vermarktung neuer Produkte und Dienstleistungen sowie bei der Modernisierung innerbetrieblicher Prozesse unterstützt werden. Eine stärkere Gewichtung von Innovations- und Nachhaltigkeitsaspekten bei der Entscheidung über Förderanträge ist nicht zuletzt auch deshalb auch erforderlich, um Anreize zur Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen zu geben, die für die Bewältigung der Energiewende gebraucht werden. Angesichts eines geringeren Gesamtbudgets kommt es entscheidend darauf an, die verbleibenden Fördermittel optimal einzusetzen und die verschiedenen Finanzierungsinstrumente intelligent zu nutzen. Fonds- und Darlehenslösungen bieten aufgrund ihres revolving Charakters hier besondere Möglichkeiten und sollten vor allem bei produktiven Investitionen zum Einsatz kommen.

Im Infrastrukturbereich und in der Technologieförderung wird dagegen auch weiterhin noch eine Zuschussförderung unverzichtbar sein. Allerdings ist damit zu rechnen, dass der Infrastrukturanteil aufgrund der EU-Vorgaben künftig deutlich zurückgehen wird. Die verbleibenden Spielräume z.B. bei der Breitbandförderung sollten deshalb in vollem Umfang genutzt werden, um so finanzielle Handlungsspielräume im Bereich der „reinen“ Landesmittel zu erhalten, damit daraus jene Projekte finanziert werden können, die künftig aus der EU-Förderung herausfallen. Hier ist ein hohes Maß an Abstimmung und haushaltspolitischer Weitsicht notwendig; beides lässt die gegenwärtige Landesregierung seit langem vermissen.

Arbeitsmarktpolitik und Armutsbekämpfung mit dem ESF

Die langjährige Dominanz des neoliberalen Modells hat in Deutschland wie in vielen europäischen Ländern die Schere zwischen Arm und Reich weiter aufklaffen lassen. Während Löhne und Gehälter lange Zeit stagnierten oder sogar schrumpften, explodierten Unternehmensgewinne und Managergehälter. Dieser abgeschöpfte (potenzielle) gesellschaftliche Reichtum floss jedoch zu großen Teilen nicht wieder in die Realwirtschaft zurück, sondern blähte die Blase an den Finanzmärkten weiter auf. Das führte auf der anderen Seite zu einer fortschreitenden Prekarisierung weiter Bevölkerungsteile und einer strukturellen Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte bei steigendem Bedarf an sozialen und arbeitsmarktpolitischen Förderungen.

Auf diese Entwicklung will die EU nun wenigstens mit einer Aufstockung der Armutsbekämpfung reagieren. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Europäischen Sozialfonds (ESF) als dem zentralen arbeitsmarktpolitischen Instrument der EU zu. Künftig sollen mindestens 20 Prozent der ESF-Mittel zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Auch wenn Deutschland im europäischen Vergleich zu den reichsten Mitgliedstaaten gehört, so ist das Thema Armutsbekämpfung auch in Niedersachsen nach wie vor von besonderer Bedeutung. So lebten im Jahr 2010 über 1,1 Mio. Niedersachsen unterhalb der Armutsgrenze, darunter allein über 420.000 Empfänger von Hilfen nach dem und ihre Familien.

Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind nach wie vor die größten Armutsrisiken. Deshalb muss der ESF künftig verstärkt eingesetzt werden:

- zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen, indem flexible Programme eine passgenaue Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung in enger Abstimmung mit den Leistungen des jeweiligen Job-Centers ermöglichen,
- zur Mobilisierung von Personen mit Mehrfachhemmnissen, um auch jene Zielgruppen zu erreichen, deren Langzeitarbeitslosigkeit sich bereits verfestigt hat, und die somit einer umfassenden Unterstützung mit Leistungen bedürfen, die über das Standardangebot der Job-Center hinausgehen,
- aber auch zur Deckung des Fachkräftebedarfs, indem mit Förderung umfassender Weiterbildungsangebote der Innovationsbedarf der Betriebe aktiv unterstützt wird und vor dem Hintergrund des demografischen Wandels insbesondere älteren Beschäftigten zusätzliche Möglichkeiten eröffnet werden,
- zur umfassenden Beratung in allen Fragen von Armut und Arbeitslosigkeit, indem vorhandene Beratungs- und Betreuungseinrichtungen, wie z.B. Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Centren gezielt darauf ausgerichtet werden,
- sowie zur Herstellung von Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit, indem die Frauenförderung ausgebaut und das Prinzip des „Equal Pay“ zur Vorbedingung in jedem EU-Projekt wird.

Als besonders erfolgreich haben sich in der Vergangenheit solche Projekte erwiesen, bei denen Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung kombiniert und aufeinander abgestimmt, eingesetzt worden sind. Diese Verzahnung von EFRE und ESF gilt es auszubauen und mit Hilfe des ESF jene Arbeitsplätze zu besetzen, die durch die Wirtschaftsförderung des EFRE geschaffen werden. Das Grundprinzip der „Guten Arbeit“ mit fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen ist dabei in allen Förderbereichen von besonderer Bedeutung. Nur Projekte, die zu diesem Grundprinzip beitragen, dürfen künftig noch gefördert werden.

Förderung des ländlichen Raums mit ELER

Mehr als ein Drittel des EU-Haushaltes fließt in den Landwirtschaftsbereich. Ein großer Teil dieser Mittel ist im Europäischen Fonds zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gebündelt. Seinem Auftrag, den Strukturwandel im ländlichen Raum zu unterstützen wird der ELER jedoch bis heute nicht gerecht. So liegt zum Beispiel der Anteil der Weiterbildungsförderung am Gesamtvolumen des ELER derzeit gerade einmal bei rund 1 Prozent, während der Anteil für ländlichen und forstwirtschaftlichen Wegebau dagegen rund 25mal höher ausfällt. Innovationsförderung über den ELER ist im Agrarland Niedersachsen bisher überhaupt nicht vorgesehen. Dies gilt sogar bei der Agrarförderung selbst. Kein anderes Bundesland, setzt so wenig Geld für die Förderung des Ökolandbaus ein wie Niedersachsen. Auf diese Weise behindert der ELER den notwendigen Strukturwandel im ländlichen Raum eher als ihn zu befördern.

Damit der ELER endlich von einem reinen Agrarinstrument zu einem echten Entwicklungsinstrument für den ländlichen Raum weiterentwickelt werden kann, muss der noch immer sehr ausgeprägte Ressortegoismus zwischen Landwirtschaftsbereich auf der einen und Wirtschafts- und Innovationsbereich auf der anderen Seite überwunden werden. Deshalb sollten EFRE, ESF und ELER zukünftig in einem Ressort gebündelt und gemeinsam unter dem Dach der NBank umgesetzt werden.

Integrierte Maßnahmen für Stadt und Land

Bisher sehen die Regionalisierten Teilbudgets (RTB) lediglich einen finanziell einheitlichen Förderbetrag in Höhe von 2,5 Mio € (je RWB-Landkreis) bzw. 3,75 Mio. € (je Konvergenzlandkreis) mit relativ geringen inhaltlichen Vorgaben vor. Dieses Modell muss inhaltlich neu ausgerichtet werden. Dabei gilt es, die in den EU-Verordnungen enthaltenen Modelle für

- Integrierte territoriale Initiativen (ITI) – für den städtischen Bereich und
- Lokale Maßnahmen – für den ländlichen Raum,

zu nutzen, und die damit verbundenen Möglichkeiten optimal auszuschöpfen, z.B. indem Förderprogramme entwickelt werden, die EFRE, ESF und ELER gleichermaßen einbeziehen, und den Akteuren vor Ort breitere Handlungsmöglichkeiten bei gleichzeitig geringerem bürokratischen Aufwand bieten.

Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen, das gleichermaßen über Ballungsräume und einen hohen Anteil ländlicher Gebiete verfügt, würden integrierte Maßnahmen den Kommunen vor Ort die Spielräume eröffnen, die zur Bewältigung der jeweiligen Anforderungen notwendig sind. Solche Maßnahmen würden sowohl Wirtschafts- als auch Verkehrs- und soziale Aspekte gleichermaßen umfassen und damit weit über das Maßnahmespektrum von Regionalisierten Teilbudgets und klassischen Städtebaumaßnahmen hinausgehen.

Innovationsförderung

Innovation sowie Forschung und Entwicklung (FuE) sind für die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft von herausragender Bedeutung. Doch der Aufholprozess, der es der niedersächsischen Wirtschaft um die Jahrtausendwende ermöglichte, ihre FuE-Intensität so stark zu steigern, bis sie den deutschen Standard erreicht hatte, hat in den letzten Jahren wieder an Schwung verloren.

Die von der CDU/FDP-Regierung mit viel Geld angestoßene Innovationskampagne ist also weitgehend verpufft, weil diese Aktivitäten vergleichsweise wenig zur Erhöhung der Innovationsfähigkeit in der klein- und mittelständischen Wirtschaft beigetragen haben. Ein Grund für die grassierende Konzeptlosigkeit der Landesregierung liegt darin, dass im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern in Niedersachsen bis heute die Kenntnis der regionalen Cluster und Wertschöpfungsketten fehlt. Dieses Versäumnis muss kurzfristig aufgearbeitet werden, um eine Grundlage für eine zielgerichtete Wirtschaftsförderung zu erhalten. Denn Clustering, Vernetzung und Kooperation sind heute notwendige Merkmale technologieintensiver Regionen.

Die bestehende Planlosigkeit in der Innovationspolitik zeigt sich aber auch an der starken Fragmentierung der Förderpolitik. So verteilen sich die im Vergleich zu anderen Bundesländern geringen Fördermittel auf eine Vielzahl von zum großen Teil äußerst gering dotierten Förderprogrammen.

Die Innovationskampagne des Landes hat hohe Erwartungen formuliert, die bisher nicht eingelöst wurden. Um dies zu erreichen, braucht es einen grundlegenden Paradigmenwechsel: Weniger Programme, die jedoch so finanziell ausgestattet sind, dass sie Unternehmen und Betriebsgründern echte Anreize und Unterstützung für eigenständige Forschungs- Entwicklungs- und Innovationsaktivitäten bieten.

Gerade technologieorientierte Unternehmensgründungen sind ein wesentlicher Schlüssel zur Steigerung des Innovationspotentials und zur nachhaltigen Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze, scheitern aber oft an hohen Kosten oder mangelndem Eigenkapital. Um hier gegenüber anderen Bundesländern aufzuholen, und an Attraktivität zu gewinnen muss ein breites Set an unterschiedlichen Finanzierungsinstrumenten wie

- Beteiligungs- und Fondsmodelle,
- Darlehen und
- projektbezogene Zuschüsse

angeboten und im Rahmen einzelner Förderprojekte bedarfsgerecht kombiniert werden können.

Doch Innovationsprozesse in KMU scheitern oft nicht nur aufgrund fehlenden Kapitals, sondern häufig auch an den dafür benötigten Personalressourcen, die weder betriebsintern zur Verfügung stehen, noch extern rekrutiert werden können. Daher ist ein umfassender und finanziell adäquat ausgestatteter Förderansatz notwendig. Diesen wollen wir mit einer „Niedersächsischen Innovationsoffensive“ schaffen. Das damit verbundene Förderprogramm soll ein umfassendes Set betrieblicher Personalmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen mit folgenden Elementen anbieten:

- Förderung von Personalaufstockungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich für einen Zeitraum von max. 3 Jahren bei Einstellung von Hochschul- und Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen,
- Übernahme von Weiterbildungskosten für bestehendes Personal (in pauschalierter Höhe von 25 Prozent der Personalkosten des neu eingestellten Personals),
- Unterstützung der Mitarbeit von KMU in Netzwerken durch Förderung von betriebsinternen und -externen Netzwerkmanagern, und
- Förderung von projektbezogenen Sach- und Investitionskosten in einer Kombination aus Zuschuss- und zinslosem Darlehen (jeweils hälftig).

Dieses Programm sollte 50 Mio. Euro umfassen, die aus Mitteln der bisherigen einzelbetrieblichen Förderung aufzubringen wären. Dies würde die häufig aus KMU-Sicht als enggeführt kritisierte, grundlagenorientierte Innovationsförderung ergänzen (die ebenfalls ausgeweitet werden sollte), und damit auch den Forderungen aus Handwerk und Kommunen Rechnung tragen, die ebenso seit langem einen Innovationsstau im KMU-Bereich beanstanden.

Nur mit einem breiten Innovationsansatz, der alle Branchen und Unternehmensgrößen umfasst, lässt sich die notwendige Diversifizierung der Wirtschaft herstellen. Diese ist gerade in unserem Bundesland dringend nötig. Wir werden im Rahmen unserer Innovationspolitik daher auch Innovationsprozesse in den nicht-forschungsintensiven Unternehmen aktiv fördern. Wie kein anderes Flächenland ist Niedersachsen mit der Fahrzeugbauindustrie so stark von einer Branche abhängig. Hier besteht ein erhebliches Risiko, welches das Land anfällig macht für konjunkturelle und strukturelle Krisen. Es fehlt Niedersachsen im Technologie-wettbewerb an ausreichend mit FuE und hochqualifiziertem Personal ausgestatteten Alternativen.

Ziel muss es deshalb sein, die Kernkompetenzen des Automobilbaus – aber auch der Ernährungswirtschaft, in der die FuE-Anforderungen allerdings nicht sehr hoch sind – für andere Branchen nutzbar zu machen. Der Einstieg von VW in die Produktion von Blockheizkraftwerken am Standort Salzgitter zeigt, dass dies grundsätzlich möglich ist. Entscheidend für den Erfolg einer derartigen Diversifizierungsstrategie ist jedoch, inwieweit es gelingt, derartige Prozesse auch im KMU-Bereich anzustoßen. Netzwerke und Cluster als branchenübergreifende Prozesse müssen daher in den Fokus der Innovationsförderung rücken.

Die bestehenden Landesinitiativen müssen dabei insbesondere um Querschnittsbereiche wie z.B. die Softwareentwicklung erweitert werden. Denn obwohl die Softwareentwicklung über alle Branchen hinweg schon seit Jahren eine Schlüsselrolle erlangt hat, wird dies bis heute in den Netzwerken und Förderprogrammen nicht entsprechend berücksichtigt; dabei bieten sich über die technisch ausgerichteten Hochschulen in Niedersachsen hier besondere Möglichkeiten. Diese gilt es zukünftig besser zu nutzen und branchenübergreifende Vernetzungsprozesse herzustellen.

Innovationspolitik wird mittel- und langfristig jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, wieder ein positives Innovationsklima in Niedersachsen herzustellen. Hierfür müssen Innovation und Modernisierung in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik und -förderung als Oberziel festgelegt, und Planungsprozesse und Projektbewilligungen daran ausgerichtet werden. Dazu gehört auch eine finanzielle Verlässlichkeit der Förderung, um verloren gegangenes Vertrauen in der Wirtschaft zurückzugewinnen. Das Beispiel des von CDU und FDP aufgelegten Innovationsfonds, der nach nur einem Jahr wieder eingestellt wurde, darf sich nicht wiederholen.

Handlungsspielraum der öffentlichen Hand stärken

Öffentliche Beschaffung nutzen

Die öffentliche Auftragsvergabe ist ein wichtiges Instrument zur Förderung von Innovationen. Sie hat einen Anteil am BIP der EU von immerhin 17 %. Sie kann daher eine wichtige Triebkraft für die Industrie darstellen, sofern sich die Leitlinien für die Auftragsvergabe an Faktoren wie Ressourcen- und Energieeffizienz, Umweltfolgen, Wiederverwendbarkeit und Recyclingfähigkeit, Liefernähe des Anbieters, Sicherheit am Arbeitsplatz usw. orientieren. Globale Konkurrenten wie China und die USA haben ehrgeizige Zielvorgaben für die Beschaffung innovativer und ökologischer Produkte gesetzt. Alle Möglichkeiten, die die EU dazu eröffnet, sollten in Niedersachsen konsequent auf allen Ebenen genutzt werden. Um gute Arbeit in Niedersachsen in Zukunft breiter zu verankern, soll die Vergabe öffentlicher Aufträge mit der Verpflichtung zur Tarifbindung verbunden werden. Öffentliche Investitionen sind insbesondere Sache der Kommunen, eine entsprechende Finanzausstattung ist daher sicherzustellen.

Kommunales Wirtschaften ermöglichen

In den letzten Jahren sind die Möglichkeiten zur eigenen wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen in Niedersachsen durch den Landesgesetzgeber stark eingeschränkt worden. Im Rahmen einer selbstbewussten und effizienten Selbstverwaltung der Kommunen müssen elementare Steuerungsinstrumente der kommunalen Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel Wohnen, Abfallentsorgung, Gesundheitswesen und öffentlicher Personennahverkehr, auch in Zukunft durch die Städte und Gemeinden in Niedersachsen wahrgenommen werden können. Der Gestaltungsanspruch der kommunalen Ebene im wirtschaftlichen Handeln muss umfassend rechtlich abgesichert und ausgeweitet werden.

Es geht in diesem Zusammenhang auch um das Erschließen neuer Märkte durch Kommunalisierung und Re-Kommunalisierung von Aufgaben. Kommunales Wirtschaften ist demokratisch legitimiert und hat eine Gemeinwohlorientierung. Deshalb können Ziele, wie „Gute Arbeit“ oder die Energiewende durch kommunale Unternehmen erfolgreich umgesetzt werden. Kommunen bzw. kommunale Unternehmen tragen mit ihren Investitionen maßgeblich zur Stabilisierung des ökonomischen Umfelds bei und können wirksam Fehlentwicklungen ausgleichen.

Öffentliche Haushalte stärken

Zusätzlich zu den wirtschaftspolitischen Aufgaben steht Niedersachsen vor großen finanzpolitischen Herausforderungen. Mit der im Jahr 2009 beschlossenen Änderung der grundgesetzlichen Verschuldungsregel müssen alle Bundesländer bis zum Jahr 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt erreichen. Hieran wird sich auch durch die noch ausstehende Übertragung in niedersächsisches Landesrecht grundsätzlich nichts ändern. Zwar sind damit finanzpolitische Maßnahmen gegen konjunkturbedingte Schwankungen weiterhin möglich, über den Konjunkturzyklus hinweg muss Niedersachsen aber ab 2020 ohne eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung auskommen. Die größte Aufgabe einer sozialdemokratischen Finanzpolitik wird zunächst darin bestehen, den niedersächsischen Landeshaushalt zukunftsfähig zu machen – und bei diesen Operationen nicht nur die kommunale Finanzausstattung zu gewährleisten, sondern auch auszubauen. Hier rächt sich, dass die Finanzpolitik von Schwarz-Gelb keinen nachhaltigen Konsolidierungserfolg erzielen konnte.

Mit der neuen Schuldenregel werden die Anforderungen an eine intelligente Konsolidierungspolitik anspruchsvoller, da dringend notwendige Investitionen z.B. zum Substanzerhalt der Verkehrsinfrastruktur oder zur Verbesserung der Bildungs- und Forschungsinfrastruktur nicht mehr durch eine Ausweitung der Neuverschuldung finanziert werden dürfen. Da Niedersachsen ebenso wie alle anderen Bundesländer kaum über Spielräume verfügt, die öffentlichen Einnahmen zu erhöhen, wird es entscheidend darauf ankommen, die Finanzierbarkeit öffentlicher Aufgaben auf die politische Agenda des Bundes zu rücken.

Sozialdemokratische Finanzpolitik orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit. Zur strukturellen Gesundung der Landesfinanzen müssen neben der schrittweisen Reduktion der Nettoneuverschuldung auch dringend qualitative Verbesserungen bei der Ausgabenstruktur erreicht werden. So wollen wir eine qualitative Verbesserung der Bildung erreichen, wozu die – auch im internationalen Vergleich – zu niedrigen öffentlichen Bildungsinvestitionen zu erhöhen sind. Zudem benötigt Niedersachsen Spielraum für Investitionen in die Infrastruktur als notwendige Bedingung für nachhaltiges Wachstum. Intelligente Haushaltskonsolidierungspolitik muss daher Hand in Hand mit einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Strukturpolitik gehen.

Wirtschaft braucht ein vitales Finanzsystem

Das Finanzsystem muss Mittel zum Zweck, kein Selbstzweck sein. Banken müssen wieder eine der Realwirtschaft dienende Funktion wahrnehmen, d.h. vor allem dafür sorgen, dass Geld dorthin fließt, wo es den größten gesellschaftlichen und ökonomischen Nutzen stiftet. Der Sparkassensektor, aber auch die genossenschaftlichen Kreditinstitute haben gezeigt, dass das deutsche Bankensystem in der Krise funktionsfähiger war als rein gewinnorientierte Bankensysteme. Durch einen klaren Ordnungsrahmen muss es gelingen, eine dienende Funktion der Banken durchzusetzen. In Zukunft muss es auch in Niedersachsen darum gehen, das dreigliedrige Bankensystem (Geschäftsbanken, Öffentliche Banken und Genossenschaftsbanken) zu erhalten. Das Land muss eine aktive Rolle dabei übernehmen, den Versuch deutscher Privatbanken zu stoppen, über die EU das Geschäftsmodell der Sparkassen zu untergraben. Niedersachsen hat die einmalige Chance, die NORD/LB zur führenden Landesbank in Norddeutschland auszubauen. Das Land wird ihre Landesbank nicht aus der Verantwortung nehmen, wenn es gilt wirtschaftliche Krisen wichtiger Branchen in Niedersachsen zu bewältigen. Das Land braucht Sparkassen, Landesbank, Genossenschaftsbanken und andere Finanzinstitutionen wie die NBank, um Existenzgründer und die mittelständische Wirtschaft einen leichten und vielfältigen Zugang zu Finanzmitteln zu organisieren. In Zukunft gilt es für Innovationsprojekte Wagniskapital bereitzustellen, für die Leitmärkte der Zukunft Spezialfinanzierungen zu ermöglichen und für Krisen Überbrückungsinstrumente verfügbar zu halten, um prinzipiell wettbewerbsfähige und strategisch wichtige Unternehmen am Standort zu halten.

LEITMÄRKTE DER ZUKUNFT FÜR NIEDERSACHSEN

Unsere Gesellschaft steht vor großen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Der demografische Wandel erzwingt neue Problemlösungen für den Arbeitsmarkt. Wirtschaftliches Wachstum wird nachhaltig nur mit hochwertigen Produkten und unter qualitativ guten Arbeits- und Rahmenbedingungen zu erreichen sein. Der Klimaschutz verlangt eine drastische Reduzierung der Treibhausgasemissionen und zurückgehende Rohstoffvorräte machen zudem Strategien zugunsten einer höheren Ressourcenproduktivität und die Suche nach neuen Explorationsfeldern zu einer unabdingbaren Notwendigkeit. Der Ausstieg aus der Atomenergie führt zu massiven Investitionen in regenerative Energien und in höhere Energieeffizienz. Die aktuellen Verkehrsprognosen (Güterverkehrsaufkommen) erfordern auch in Deutschland intelligente Mobilitätskonzepte, um unsere Verkehre besser zu managen und vor allem umweltfreundlicher zu gestalten. Die automobilen Absatzmärkte von Morgen (Brasilien, Russland, Indien, China) eröffnen vor allem auch Anbietern von neuen Antriebskonzepten und neuen Mobilitätsformen erhebliche Marktchancen. Diese Veränderungen bringen neue Zukunftsmärkte hervor, deren Dynamik stark von politischen Vorgaben abhängen. Denn der Staat nimmt über die Gestaltung von Rahmenbedingungen maßgeblich Einfluss auf die Nachfrage nach hochwertigen Dienstleistungen und Technologiegütern.

Einige Leitmärkte repräsentieren Branchen, in denen die niedersächsische Wirtschaft über große Potenziale verfügt. Sie stehen nicht nur für die Hightech-Industrien, sondern auch für Industrien und Dienstleistungen, die technologisch eine mittlere Position einnehmen. Die Leitmärkte setzen auch vielfältige Vorleistungen aus anderen Wirtschaftsbereichen voraus, wie die Chemie- und Stahlindustrie oder den Maschinenbau. So ist der Ausbau der Windenergien auf eine leistungsfähige Stahlindustrie angewiesen und die neuen Speichertechnologien sind ohne chemische Industrie nicht denkbar. Gerade aus der chemischen Industrie sind für viele Leitmärkte auch neue Impulse für die Substitution von fossilen Rohstoffen zu erwarten.

Marktmechanismen allein sind nicht in der Lage, diese Zukunftsfelder produktiv zu entwickeln. Die Leitmärkte der Zukunft repräsentieren weithin wissensintensive Wirtschaftsbereiche, die vielfach Merkmale von Gütern aufweisen, die nur gemeinsam genutzt werden können (Gemeingüter) und daher der öffentlichen Unterstützung bedürfen, um auf Wachstumskurs gebracht zu werden. Sie bedingen ein erhebliches Maß an öffentlichen Investitionen, Förderanreizen und ordnungsrechtlichen Vorgaben. Unter diesen Voraussetzungen eröffnen sich neue unternehmerische Gelegenheiten und damit auch Märkte, die im Wechselspiel von demokratisch legitimer Regulierung, öffentlicher Nachfrage und privater Initiative entwickelt werden können.

MOBILITÄTSWIRTSCHAFT

Das auch künftig kräftig ansteigende Gütertransportaufkommen droht die Verkehrsadern in Deutschland und Europa zu verstopfen. Intelligente Mobilitätslösungen werden aber nicht zuletzt auch in den boomenden Schwellenländern mit ihren rasant wachsenden Metropolen nachgefragt. Für die leistungs- und exportstarke niedersächsische Mobilitätswirtschaft öffnen sich so hochinteressante Absatzmärkte für High-End-Produkte und Dienstleistungen.

Eine Kernkompetenz der niedersächsischen Wirtschaft ist die Mobilitätswirtschaft rund um die Automobilindustrie, aber auch im Luftfahrzeug- und Schienenfahrzeugbau bestehen wettbewerbsstarke Potenziale. In Niedersachsen befindet sich mit der Volkswagen AG der Stammsitz des weltweit zweitgrößten Automobilunternehmens. Die Automobilindustrie bietet gut die Hälfte der industriellen FuE-Arbeitsplätze in Niedersachsen an, einschließlich Zulieferer und spezialisierter FuE-Dienstleister dürften rund drei Viertel der FuE-Kapazitäten der Wirtschaft Niedersachsens aufs Automobil ausgerichtet sein. Das Land ist darüber hinaus Standort großer Betriebe des Luftfahrzeugbaus, Schienenfahrzeugbaus, der Logistik und anderer Mobilitätsdienstleistungen. Durch die innovativen Entwicklungen im Bereich der Elektromobilität ergeben sich aktuell neue Entwicklungspartnerschaften zur Energiewirtschaft, zur IT-Wirtschaft und

zur chemischen Industrie. Die größten Wachstumsmärkte für die Mobilitätswirtschaft liegen außerhalb Europas. Wirtschaftliche Dynamik wird es in der niedersächsischen Automobilindustrie vor allem dort geben, wo sich Forschung und Entwicklung konzentrieren, wo Angebote für die globalen Herausforderungen entstehen und Fahrzeuge auf einem hohen technologischen Niveau produziert werden. Das erfolgreiche Auto der Zukunft wird vor allem energie- und ressourceneffizient sein. Innovationen im Bereich der Mobilitätswirtschaft umfassen also nicht nur Produkte sondern auch Dienstleistungen, Prozesse und Organisation in der gesamten Wertschöpfungskette. Das Auto der Zukunft ist eingebettet in alle vor- und nachgelagerten Bereiche von der Entwicklung, über die Zulieferer, die Nutzung in intelligenten Verkehrssystemen, sowie neue Geschäftsmodelle bis hin zum Recycling. In diesem Zusammenhang kommt der Entwicklung Niedersachsens als Standort der Elektromobilität eine zentrale industriepolitische Bedeutung zu. Wir werden Niedersachsen zu einem Zentrum der weltweiten Forschung und Entwicklung der Elektromobilität ausbauen.

Niedersachsen ist ein bedeutender Luft- und Raumfahrtsstandort mit ca. 30.000 Beschäftigten. Allein am Flughafen Hannover arbeiten rund 8.800 Menschen. Der Luft- und Raumfahrtkonzern EADS ist mit rund 5.000 Beschäftigten in Niedersachsen vertreten. Besondere Schwerpunkte von Luftfahrtindustrie und -forschung gibt es in und um Braunschweig sowie in der Region um Stade. Im Umfeld des Forschungsflughafens Braunschweig-Wolfsburg sind zum Beispiel das Luftfahrtbundesamt, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) sowie das Zentrum für Luft- und Raumfahrttechnik der TU Braunschweig angesiedelt. In Stade befindet sich der wichtigste Fertigungsstandort für Carbon-faserverstärkte Kunststoff-Leichtbaustrukturen (CFK) in Europa. Niedersachsen gehört zu den wenigen Luftfahrtstandorten weltweit, die die komplette Wertschöpfungskette des Luftfahrzeugbaus vom Entwurf bis zur Endmontage beherrschen. Als Hochtechnologie-sektor hat die Luftfahrt zudem das Potenzial, Impuls- und Ideengeber für Entwicklungen in anderen Sektoren, wie dem Automobil-, dem Schiffs- und dem Windkraftanlagenbau, zu sein.

In den kommenden Jahren wird für die Luftverkehrswirtschaft ein hohes Wachstum erwartet. Gleichzeitig stehen Flughäfen, Fluggesellschaften und Fertigungsstandorte weltweit in direkter Konkurrenz zueinander. Die politische Unterstützung der niedersächsischen Standorte ist daher sehr wichtig, insbesondere weil das Wachstum der Luftfahrtindustrie zu weiten Teilen in den neuen Märkten in Asien stattfindet.

In der besseren Vernetzung bestehender Akteure liegen für Niedersachsen große Potenziale. Im Luftverkehr kann beispielsweise eine verstärkte Kooperation zwischen Braunschweig als Forschungsflughafen und dem Hannover Airport als Anwendungsplattform Impulse für neue Verfahren und Techniken geben. Hier geht es nicht allein um die Weiterentwicklung von Flugzeugen. Niedersachsen kann genauso in den Bereichen Flughäfen, Flugsicherung und Arbeitsflugzeuge wachsen. Darüber hinaus ergeben sich durch den Umbau der Energieversorgung in Deutschland auch für die Luftfahrtindustrie in Niedersachsen neue Chancen. Der Wachstumsmarkt Windenergie ist ein mögliches Anwendungsfeld für Technologien aus der Luft- und Raumfahrt.

Die Produkte von Morgen liegen in diesem Wirtschaftsbereich in intelligenten Mobilitätskonzepten, die unterschiedliche Verkehrstechnologien- und Dienstleistungen sowie Verkehrsträger zusammenführen. Gerade die Verbindung der Mobilitätsangebote mit Informations- und Kommunikationstechnologien als ein Bestandteil von integrierter und individueller Mobilität markieren Zukunftslinien. Nur auf dieser Basis kann es gelingen, das Verkehrsaufkommen der Zukunft klimafreundlich zu bewältigen und zugleich neue Wertschöpfungspotenziale zu erschließen. Die Technologiekompetenzen der niedersächsischen Unternehmen und die Forschungskapazitäten der niedersächsischen Hochschulen sind in besonderer Weise geeignet, derartige Systemlösungen zu generieren. Zentrale Aufgabe einer niedersächsischen Industriepolitik wird es sein, Leitprojekte für intelligente Mobilitätskonzepte aktiv zu fördern. Eine zentrale Rolle soll dabei die Unterstützung der Aktivitäten des in jüngster Zeit sich entwickelnden Mobilitätsclusters rund um das Niedersächsische Forschungszentrum Fahrzeugtechnik (NFF) spielen. Diese Initiative soll landesweit ausgebaut werden.

MARITIME WIRTSCHAFT

Die Maritime Wirtschaft birgt für eine erfolgreiche Exportnation wie Deutschland zahlreiche Schlüsselbranchen. Mehr als 90 Prozent des Welthandels werden heute über den Seeweg abgewickelt, niedersächsische Reeder stellen dabei eine der weltgrößten Handelsflotten, mit dem Jade-Weser-Port wird das Land zu einem führenden Umschlagplatz an der Nordseeküste. Neben den in einem harten Verdrängungswettbewerb stehenden Werften und Zulieferern erlangen meerestechnische Betriebe in den Zeiten von Klimaschutz und Energiewende vor allem im Wind-Offshore-Bereich immer größere Bedeutung.

Niedersachsen ist in Deutschland nach Hamburg der zweitgrößte Standort der Maritimen Wirtschaft. Die niedersächsischen Küstenregionen haben im letzten Jahrzehnt von der hohen Dynamik der See- und Hafenwirtschaft profitiert. Die niedersächsischen Unternehmen der Reedereiwirtschaft, des Schiffbaus und der Meerestechnik haben sich auch in der Weltwirtschaftskrise als relativ stabil erwiesen. Aufgrund der Folgewirkungen dieser Krise, sind allerdings eine Vielzahl dieser Unternehmen erneut vor neuen existenziellen Problemen gestellt. Die niedersächsischen Häfen haben sich mit ihren unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten bewährt. Mit dem JadeWeserPort entsteht Deutschlands einziger Tiefseeterminal für die Containerschifffahrt.

Angesichts der aktuellen Nachfragestockungen in der internationalen Seeverkehrswirtschaft und der teilweise vorhandenen Überkapazitäten muss es zunächst darum gehen, den niedersächsischen Unternehmen der Maritimen Wirtschaft, die in der Vergangenheit ihre Wettbewerbsfähigkeit bewiesen haben, eine Brücke zu bauen. Es kann nicht hingegenommen werden, dass die weltweiten Überkapazitäten von Tonnage dazu führen, dass leistungsfähige Reedereien in Deutschland aus dem Markt gedrängt werden. Insbesondere in der Schiffbauindustrie zeigt sich, dass ein Großteil der vorhandenen Probleme auf Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Raum zurückzuführen ist. Diese Brücke, die den Weg zur Innovationsführerschaft oder zu neuen Kompetenzfeldern (z.B. Wind-offshore) bahnen soll, kann nur gemeinsam mit den Akteuren der Maritimen Wirtschaft und den öffentlichen Gebietskörperschaften entwickelt werden.

Die große gesellschaftliche Hausforderung im Bereich der Maritimen Wirtschaft besteht darin, einerseits die Schifffahrt deutlich klimafreundlicher zu gestalten und andererseits eine nachhaltige Strategie zur Nutzung der Meere zu entwickeln. Auch wenn Schiffe bereits heute ein relativ ressourcenschonendes Verkehrsmittel sind, tragen sie sie als Hauptträger der globalen Transportmengen dennoch nennenswert zur Umweltbelastung der Meere und des Klimas bei. Eine ressourcenschonende Schifffahrt bedeutet aber auch einen enormen Wettbewerbsvorteil für die Maritime Wirtschaft in Deutschland. Die Innovationspotenziale auf diesem Gebiet (Antriebstechniken, Schiffdesign, Materialtechniken) sollen in Zukunft im Mittelpunkt der Industriepolitik zugunsten von Werften, Schiffsbauzulieferern und Reedereiunternehmen liegen.

Bei einer nachhaltigen Strategie zur Nutzung der Potenziale der Meere (Offshore Wind, Offshore Öl und Gas, maritimer Bergbau etc.) geht es vor allem um den Auf- und Ausbau von Forschungskapazitäten und um eine Vernetzung der Unternehmen untereinander. Der Ausbau der für die Nutzung der Potenziale der Offshore Wind erforderlichen Infrastruktur (Hafeninfrastruktur, Netzinfrastruktur, Speichertechnologie etc.) ist in den kommenden Jahren engagiert voranzutreiben. Für den künftigen Umschlag von Komponenten von On- und Offshore-Anlagen wird in diesem Zusammenhang auch die Erweiterung von Hafenflächen am Rysumer Nacken am Standort Emden in Betracht zu ziehen sein.

In anderen meerestechnischen Anwendungsfeldern, die hoch umweltsensibel sind, wird genau auszuloten sein, unter welchen Voraussetzungen und in welchen Grenzen eine wirtschaftliche Nutzung der Meere als hoch sensibles Biosystem zu verantworten ist. Der Ausbau der Forschung auf diesem Gebiet wird eine wesentliche Voraussetzung für eine ökonomische Nutzung der vorhandenen meerestechnischen Potenziale sein.

Künftig gilt es im Rahmen eines maritimen Masterplanes die Investitionsschwerpunkte und die Entwicklungsperspektiven der niedersächsischen Seehäfen, des Binnenwasserstraßensystem, der sonstige Hinterlandanbindung sowie der Qualifizierungs- Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur im Bereich der Maritimen Wirtschaft zusammen zu führen.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor der Maritimen Wirtschaft wird künftig in einem stärkeren Ausbau der maritimen Wissenschaft und Forschung liegen. In diesem Zusammenhang gilt es zunächst eng mit den vorhandenen Forschungseinrichtungen vornehmlich im norddeutschen Raum zusammenzuarbeiten und dabei auch die Kooperation mit den entsprechenden Institutionen der anderen europäischen Länder zu suchen. In Niedersachsen werden wir in den kommenden Jahren ein Forschungszentrum für die nachhaltige Anwendung der Meerestechnik aufbauen. In einem Kompetenzzentrum für „Greenshipping“ sollen in Zukunft alle Aktivitäten zugunsten ressourcenschonender Schifffahrt (Schiffbau, Reedereiwirtschaft, Hafenwirtschaft) koordiniert werden. Bei aller Unterstützung gerade in wirtschaftlich schwierigen erwarten wir aber auch von der Reedereiwirtschaft, dass sie ihre Schiffe unter Deutscher Flagge fahren lassen. Auf den Schiffen deutscher Reeder müssen die Grundsätze guter Arbeit gelten. Gemeinsam mit der Gewerkschaft Ver.di werden wir eine neue Initiative entwickeln, um den Anteil der unter Deutscher Flagge fahrenden Schiffe deutlich zu erhöhen.

Im Bereich der Maritimen Wirtschaft existiert bereits ein gemeinsames maritimes Clustermanagement der Bundesländer Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Dieses Clustermanagement wollen wir in den nächsten Jahren unter Einbeziehung der Bundesländer Bremen und Mecklenburg Vorpommern mit den Akteuren aus dem Bereich der Maritimen Wirtschaft weiter ausbauen. Ziel dieses Clustermanagements muss es sein, durch konkrete Projekte die Wettbewerbsfähigkeit der Maritimen Wirtschaft zu unterstützen und dabei insbesondere die Kooperation mit der maritimen Wissenschaft und Forschung zu fördern.

ENERGIEWIRTSCHAFT

Atomausstieg und Klimaschutz verlangen in den kommenden Jahren einen massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien. Für das Energieland Niedersachsen eröffnen sich hervorragende Perspektiven vor allem in der Windenergie On- und Offshore. Zur großen Herausforderung wird die Auf- und Ausrüstung der erforderlichen Netzinfrastruktur werden.

Niedersachsen ist ein Energieland. Bereits heute ist das Land bundesweit führend bei der Erzeugung von Windenergie und anderen erneuerbaren Energien. Niedersächsische Unternehmen sind in Bereichen wie der Windenergie, der Bioenergie oder der Effizienzsteigerung von Großkraftwerken Weltmarkt- oder Technologieführer auf den globalen Märkten. Die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit spiegelt sich in einer ausgeprägten Exportorientierung dieser Branchen wieder. Auch für die Beschäftigtenzahlen ist die Energiewirtschaft eine Wachstumsbranche: Im Jahr 2009 waren knapp 40.000 Menschen in der Energiewirtschaft beschäftigt. Zwischen 2000 und 2009 wuchs die Beschäftigung um 8,5 Prozent, während sie in Niedersachsen insgesamt im Schnitt um 0,5 Prozent zurückging. Die niedersächsische Energiewirtschaft kann in den nächsten Jahren auf einen führenden Platz aufrücken, wenn sie ihre Potenziale im Bereich der regenerativen Energien konsequent ausbaut. Dazu zählen insbesondere der Ausbau von Wind-Offshore und Wind-Onshore einschließlich des Repowering schon bestehender Windkraftanlagen (Wind-Onshore), aber auch andere erneuerbare Energien. Prognosen zufolge wird allein im Bereich der Erneuerbaren Energien die Beschäftigung in Deutschland zwischen 2007 und 2020 auf 470.000 Beschäftigte ansteigen. Für Niedersachsen besteht die Chance, künftig im deutschlandweiten Vergleich eine Spitzenposition einzunehmen.

Große Potenziale bieten sich aufgrund Niedersachsens Technologieführerschaft. In vielen Bereichen der Energiewirtschaft wird technologisch, wirtschaftlich und organisatorisch Neuland betreten: Von der Grundlagenforschung bis hin zur umsetzungsorientierten Forschung und Entwicklung gibt es vielfältige Herausforderungen und Chancen. Durch einen zielgerichteten Ausbau der bestehenden F&E-Infrastruktur und die Schaffung entsprechender Ausbildungs- und Qualifizierungs-

einrichtungen im Bereich der Energietechnologien, werden neue Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zu erwarten sein.

Die Energiewende räumt den regenerativen Energien eindeutig den Vorrang ein. Eine große Herausforderung sind jedoch die hohen Schwankungen der Energieerzeugung aus Wind und Sonne. Nur wenn auch leistungs- und wettbewerbsfähige Speichertechnologien zur Verfügung stehen, kann eine weitgehend regenerative Stromerzeugung gelingen, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Der Erhalt bzw. Bau von Kraftwerkskapazitäten ist daher auch in Niedersachsen mittelfristig weiter notwendig. Als Brückentechnologie eignen sich Gaskraftwerke, die aufgrund ihrer geringeren CO₂-Emissionen klimaverträglicher als Kohlekraftwerke sind.

Die Entwicklung neuer Speichertechnologien und der Einsatz von intelligenten Stromnetzen („Smart Grids“) bieten neue Beschäftigungs- und Wachstumsimpulse. Chancen ergeben sich für Niedersachsen auch durch den Einsatz von innovativen Übertragungstechnologien wie der Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ). Der wünschenswerte Ausbau der Stromproduktion in Niedersachsen erfordert jedoch auch eine Umleitung erheblicher Strommengen von der Nordsee und der Küstenregion nach Süden. Zudem macht die dezentrale Einspeisung aus Wind, Sonne und Bioenergie den Ausbau und die Modernisierung der Verteilernetze erforderlich. Niedersächsische Energiepolitik muss durch die Sicherung von Standorten, der Planung und dem Ausbau von Netzen und durch Investitionen in Forschung und Entwicklung – z.B. bei Speichertechnologien oder den Potentialen der Geothermie – dafür sorgen, dass das Land eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der Energiewende übernehmen kann. Im Rahmen der Raumplanung müssen vorhandene Zielkonflikte bei der Flächennutzung zwischen wirtschaftlichen Nutzungsformen und Anforderungen an den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und der kulturlandschaftlichen Qualitäten ausgelotet werden.

Zentrale Lösungsansätze zur Umsetzung der Energiewende stellen Energieeinsparung und Energieeffizienzsteigerung dar. Energiesparen ist die wichtigste Energiequelle! Ein großes Potenzial zur Effizienzsteigerung liegt in der besseren Wärmedämmung von Altbauten. Zur deutlichen Steigerung der Sanierungsquote müssen ein Landesförderprogramm zur Altbausanierung eingerichtet und die bestehenden Wohnungsbauprogramme entsprechend erweitert werden. Ein von Land und Kommunen eingerichteter Energieeffizienzfonds soll dabei den Kommunen die notwendigen Investitionen zum Beispiel bei der Wärmedämmung und für effizientere Heiztechnik vorfinanzieren. Die Rückzahlung kann in den Folgejahren aus den eingesparten Energiekosten generiert werden und den Effizienzfonds dadurch refinanzieren. Aber auch die Kommunen sollen einen Teil der Einsparungen für sich verbuchen können, um weiterhin Anreize zur energetischen Modernisierung wirken zu lassen.

Die neue Architektur der erneuerbaren Energien ist durch ihre ausgeprägte Dezentralität von Produktion und Versorgung charakterisiert. Vor diesem Hintergrund sollen Initiativen zur Rekommunalisierung von Stadtwerken und Strategien der regionalen Energieautarkie aktiv unterstützt werden. Eine wieder zu belebende Energieagentur soll als Anlaufstelle für Kommunen, Bürger und Unternehmen dienen und Unterstützung in den Bereichen Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und intelligente Energiesysteme bieten. Darüber hinaus kann die niedersächsische Energieagentur auch beim Einwerben europäischer Fördermittel beratend tätig werden. Mit Hilfe eines niedersächsischen Wettbewerbes für KMU und Start-Ups soll die Markteinführung innovativer energieeffizienter Geräte oder Anlagen gefördert werden.

Niedersachsen sollte auch in der Energieforschung eine führende Position anstreben. Die Grundlagenforschung und die Energie- und Umweltforschung an den Hochschulen müssen deshalb ausgebaut werden, um Technologien für eine nachhaltige und sichere Energieversorgung zu entwickeln und zu verbessern. An den Universitäten müssen mehr Studienplätze im Bereich der Energie- und Umweltwissenschaften geschaffen und die Gewinnung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gestärkt werden.

SOZIALE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

Der demografische Wandel, der medizinische Fortschritt und das wachsende Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung lassen den Gesundheitsmarkt zu einem der dynamischen Wachstumsmärkte der Zukunft werden. Bedingt durch die in den nächsten Jahrzehnten zunehmende Alterung der Gesellschaft repräsentiert der Gesundheitssektor eines der zentralen gesellschaftlichen Bedarfsebenen. Vor diesem Hintergrund muss es auch im Rahmen der niedersächsischen Wirtschafts- und Strukturpolitik darum gehen, die Gesundheitswirtschaft als Leitmarkt gezielt zu fördern.

Niedersachsen verfügt über eine starke Position im Bereich der Gesundheitswirtschaft. Das Land hat große und erfolgreiche Krankenhäuser, international renommierte medizinische Forschung insbesondere im Bereich der Hochschulmedizin, innovative Unternehmen der medizinischen Biotechnologie und eine breit in den einzelnen Regionen verankerte Struktur mittelständischer Unternehmen der Medizintechnik und der Gesundheitsdienstleistungen. Hinzu kommen vielfältige Schnittstellen zum Gesundheitstourismus und der Ernährungswirtschaft. Als Wachstumshemmnis ist anzusehen, dass in Niedersachsen international tätige Unternehmen der Pharmaindustrien und der Medizintechnik unterrepräsentiert sind.

In Niedersachsen soll sich der die Gesundheitsversorgung betreffende Teil der Gesundheitswirtschaft prioritär am Bedarf der eigenen Bevölkerung orientieren. Ziel muss eine „Soziale Gesundheitswirtschaft“ sein, die nicht nur auf rein qualitatives Wachstum, sondern zuerst auf eine hochwertige Gesundheitsversorgung, bessere Lebensqualität sowie auf gute Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen setzt.

Die Soziale Gesundheitswirtschaft ist als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die auch auf Landesebene zu einem erweiterten Verständnis von Prävention führt. Die Strukturen sind so umzubauen, dass es sich für Anbieter auf dem Gesundheitsmarkt lohnt, verstärkte integrierte Maßnahmen von Prävention über ambulante/

stationäre Behandlung, Rehabilitation bis hin zur Pflege und Palliativmedizin ganzheitlich anzubieten. Dabei geht es nicht um mehr Mittel im System, sondern um eine Umschichtung zugunsten einer an den Belangen der Bürger orientierten Gesundheitsversorgung.

In diesem Zusammenhang gilt es, auch mit der Förderung innovativer Konzepte die qualifizierte und wohnortnahe ambulante und stationäre Versorgung insbesondere auch in den ländlichen Regionen und für eine älter werdende Bevölkerung sicherzustellen. Dadurch sollen drohende Defizite in der ärztlichen Versorgung und der Fachkräftemangel im niedersächsischen Gesundheitswesen bekämpft werden. Maßnahmen und Projekte zum medizinischen Qualitätsmanagement sind zu verstärken und zu fördern.

Durch eine engere Zusammenarbeit von Land, Krankenkassen, Kommunen, Verbänden und Pflegediensten wollen wir bezahlbare und qualitativ gute Pflegemöglichkeiten auch in der Fläche schaffen. Angebote wie Pflegestützpunkte und mobile Pflegekonzepte sollen die Selbstständigkeit älterer Menschen erhalten und gleichzeitig dafür sorgen, dass durch gute Arbeitsplätze in der Pflege die Qualität und der Fachkräftenachwuchs gesichert werden. Insbesondere bei der Ausbildung von Pflegekräften müssen zusätzliche Angebote geschaffen werden. Dazu gehört eine flächendeckende Ausweitung von berufsbegleitenden Nachqualifizierungsmöglichkeiten für un- und angelernte Pflegekräfte nach dem Modell der „Nachqualifizierung Altenpflege“.

Hierzu wird es notwendig sein, auch zu einem veränderten Verständnis in der Raumplanung und Wohnungsbaupolitik zu gelangen. Ziel muss es sein, einer älter werdenden Bevölkerung in Niedersachsen wohnortnahe und finanzierbare Angebote sowohl professioneller als auch nicht-professioneller Hilfen zu ermöglichen. Auch hier muss das Angebot präventiver und gesundheitsfördernder Angebote der Gesundheitswirtschaft dringend erhöht werden, um flächendeckend in Niedersachsen ein „gesundes Altern“ zu ermöglichen.

Darüber hinaus gilt es, Spezialisierungen im Bereich medizinischer und gesundheitswirtschaftlicher Dienstleistungen zu unterstützen, so dass herausragende medizinische Kompetenzen auch von außerhalb des Landes national und international nachgefragt werden. Derartige Dienstleistungsexporte erweisen sich als wichtige Impulse für Wertschöpfungsprozesse im Gesundheitssektor.

Die hochschulmedizinischen Einrichtungen des Landes sind auch unter gesundheitswirtschaftlichen Aspekten nachhaltig zu fördern. Sie gehören schon jetzt zu den größten Unternehmen des Landes (Wertschöpfung), sind Anziehungspunkte für internationale Arbeitskräfte und wichtige Impulsgeber für industrielle Kooperationen und Unternehmensgründungen.

Weiterhin gilt es, auch Kompetenzen und Qualitäten im „Zweiten Gesundheitsmarkt“ (Wellness etc.) in Niedersachsen stärker zu entwickeln und zu vermarkten. Die Gesundheitswirtschaft muss in Niedersachsen künftig die Schnittstellen zum Tourismus insbesondere unter Hervorhebung der regionalen Stärken wie dem Meeresklima an der Nordsee und zur Ernährungswirtschaft verstärkt in den Blick nehmen. Wir wollen die Potentiale der niedersächsischen Gesundheitswirtschaft systematisch erfassen und die Ziele und die künftige strategische Ausrichtung der Förderaktivitäten in diesem vielschichtigen Wirtschaftsbereich in einem „Masterplan Soziale Gesundheitswirtschaft“ unter dem Motto: „Gesundheit für Alle in Niedersachsen!“ formulieren. Dieser Masterplan soll gemeinsam mit den Akteuren der niedersächsischen Gesundheitswirtschaft und unter Einbeziehung von Patienten- und Verbraucherorganisationen entwickelt werden. Auf der Basis eines gesundheitswirtschaftlichen Monitorings soll fortlaufend der politische Mitteleinsatz auf seine Wirksamkeit überprüft werden. Dieses Zukunftsfeld soll in Zukunft ressortübergreifend als Querschnittsaufgabe bearbeitet werden.

ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Deutschland steht vor der Herausforderung, in Zukunft eine qualitativ hochwertigere und vor allem gesündere Ernährung sicherzustellen. Wir brauchen eine Ernährungsindustrie, die sich den Anforderungen an eine gesündere Ernährung stellt. Gesunde Ernährung wird damit zu einem zentralen Innovationsfeld, das auch für die niedersächsische Ernährungswirtschaft neue Marktchancen eröffnet.

Niedersachsen ist ein Zentrum der deutschen Ernährungsindustrie mit vielfältigen Verflechtungen zur Landwirtschaft und zur Agrartechnik. Die niedersächsische Ernährungswirtschaft konzentriert sich insbesondere im ländlichen Raum und trägt maßgeblich zur Stabilisierung der dortigen Wirtschaft bei. Die Kompetenzen dieses für Niedersachsen außerordentlich wichtigen Wirtschaftsbereiches liegen schwerpunktmäßig in der industriellen Massenproduktion von Nahrungsmitteln bei einem relativ geringen Anteil an Forschung und Entwicklung. Diese Innovationsschwäche kann sich auf Dauer als ein zentrales Entwicklungshemmnis erweisen, weil einerseits das damit verbundene Produktionskonzept zunehmend unter Wettbewerbsdruck osteuropäischer und asiatischer Konkurrenten gerät. Andererseits bleiben auf der jetzigen Basis Marktchancen ungenutzt, die dem Trend zu einer anderen, gesünderen Ernährungsweise entsprechen (Trend zur Gesundheitsgesellschaft). In diesem Zusammenhang wird der Ökolandbau in Zukunft eine noch bedeutendere Rolle spielen, aber auch die traditionelle Landwirtschaft und Ernährungsindustrie müssen die Weichen neu stellen.

In Niedersachsen sollen in Zukunft sowohl im konventionellen wie auch im ökologischen Bereich Lebensmittel produziert werden, die hohen Qualitätsstandards entsprechen und eine gesunde Ernährung ermöglichen. Die Debatten und Skandale der letzten Jahre zeigen die Grenzen der starken Strukturveränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion ganz deutlich auf. Grundsätzlich geht es um einen Strategiewechsel von der Kostenführerschaft zur Qualitätsführerschaft. Verbesserungen im Tierschutz, aber auch beim Schutz von Wasser, Boden und Luft sowie die Möglichkeit einer gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelherzeugung müssen zukünftig stärkere Berücksichtigung

finden. Bei der Entwicklung einer bundesweiten Strategie zur wissensbasierten Bio-Ökonomie muss sich Niedersachsen als das führende Agrarland intensiv einbringen.

Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels hat der Markt für gesunde Ernährung das Potenzial, zu einem zentralen Zukunftsmarkt zu werden. Anknüpfend an die Hightech-Strategie 2020 für Deutschland sollen in den kommenden Jahren auch in Niedersachsen die Weichen dafür gestellt werden, im Ernährungsgewerbe auf den Zukunftsmarkt für gesunde Ernährung umzusteuern. Um diesen Kurswechsel einzuleiten, sollen schrittweise ein Masterplan für die Entwicklung einer Leitinitiative „Gesunde Ernährung“ erstellt und insbesondere die Forschungskapazitäten zur Erforschung der technologischen und ökonomischen Voraussetzungen für eine Umsteuerung verbessert werden. Im Rahmen der bestehenden Landesinitiative „Ernährung“ wird ein Schwerpunkt „Gesundheit und Ernährung“ gebildet und ausgebaut.

Die nachhaltigen Leitmärkte der Zukunft versprechen eine hohe wirtschaftliche Dynamik und quantitativ wie qualitativ enorme Beschäftigungschancen. Diese fünf Felder repräsentieren die Schwerpunkte künftiger Strukturpolitik in Niedersachsen. Sie orientieren sich am gesellschaftlichen Bedarf und beziehen sich auf die besonderen Kompetenzen der niedersächsischen Wirtschaft. Bei der Förderung einzelner Sektoren oder Cluster ist jedoch permanent Sorge zu tragen, dass die Abhängigkeit der Regionen von diesen Leitindustrien nicht zu stark wird. Die gezielte Förderung von Stärken enthebt nicht von der Pflicht, gleichzeitig Ergänzungen zum Technologieportfolio eine Chance zu geben. Strukturpolitik wird auch in Zukunft für neue Marktentwicklungen offen bleiben müssen. Besondere Chancen, wie sie sich unter anderem in der Kreativwirtschaft und dem Tourismus an einzelnen Standorten des Landes ergeben, werden aufgegriffen und förderpolitisch umgesetzt.

BÜNDNIS FÜR DIE ZUKUNFT: NIEDERSACHSEN 2020

Wenn die Weichen richtig gestellt werden, hat die niedersächsische Wirtschaft gute Chancen auf den Wachstumsfeldern der Zukunft eine führende Position einzunehmen. In zentralen Bereichen ist die Ausgangslage für die niedersächsische Wirtschaft schon heute sehr vielversprechend. In vielen Zukunftsfeldern verfügt Niedersachsen zudem über herausragende Wissenschafts- und Forschungsstandorte. Dieses Potenzial gilt es nun endlich zu nutzen, um auch in den anderen Zukunftsfeldern wettbewerbsfähige Alternativen zu entwickeln und eine führende Rolle zu spielen. Dies wird nur gelingen, wenn Niedersachsen auch die Herausforderungen des demographischen Wandels bewältigt. Wenn das Land sich nicht nur als guter Arbeitsstandort, sondern auch als ein attraktiver Lebensstandort entwickelt, kann es sich bis zum Ende des Jahrzehnts als zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort profilieren.

DIE KRAFT DER DEMOKRATISCHEN BÜRGERGESELLSCHAFT NUTZEN

Ein zeitgemäßer und den Herausforderungen angemessener Regierungsstil zeichnet sich aus durch ein Staatsverständnis auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern, durch ein kooperatives Verhältnis zu Gewerkschaften und Arbeitgebern und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft, durch transparente und bürgernahe Verwaltung sowie eine solide und nachhaltige Finanzpolitik.

Wir wollen eine starke demokratische Bürgergesellschaft, die gemeinsam mit dem Staat Verantwortung übernimmt. Wir begrüßen es, wenn Bürgerinnen und Bürger sich für die öffentlichen Angelegenheiten verantwortlich fühlen, sich einmischen und Entscheidungen des Staates nicht einfach unkritisch übernehmen, sondern schon im Vorfeld von Entscheidungen ihre Meinung artikulieren und bei der Umsetzung mitwirken möchten. Wir wollen die Ideen, Kreativität und auch Skepsis von Bürgerinnen und Bürgern für bessere Planung und Umsetzung von öffentlichen Projekten nutzen, anstatt gegen sie zu mauern.

Eine starke Zivilgesellschaft ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens. Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und Vereine sind für uns nicht lästig, sondern ein vitaler Bestandteil unserer Demokratie. Uns ist dabei bewusst, dass einige Gruppen und Verbände mehr Einfluss als andere ausüben. Ein rücksichtsloses Durchsetzen von Einzelinteressen und Lobbyismus werden wir deshalb unterbinden und das ungleich schwerer zu organisierende Gemeinwohlinteresse stärken und deutlich zu Wort kommen lassen. Für uns zählt im Konzert der Meinungen nicht die lauteste Stimme sondern das beste Argument.

Wir setzen dabei auf eine neue Kultur der Beteiligung und des Dialogs. Nach unserer Überzeugung bedeutet die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in die Planung und Umsetzung von Politik nicht zwangsläufig, dass Prozesse verlangsamt werden. Im Gegenteil: Entscheidungen im Konsens und Interessenausgleich können eine reibungslosere Implementierung und effizientere Umsetzung ermöglichen. Die Leistungsfähigkeit einer Verwaltung zeigt sich in ihrer Fähigkeit, die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig einzubeziehen und um Rat zu fragen. Planungsunterlagen sollten deshalb grundsätzlich im Internet eingesehen werden können. Wir wollen darüber hinaus eine verbesserte Bürgerbeteiligung im Planungsrecht. Wir streben eine neue Verwaltungskultur der Offenheit und des Dialogs mit bürgernahen Planungs- und Beteiligungsprozessen an.

UNSER PRODUKTIONSMODELL SICHERN

Die zukünftige Ausgestaltung von Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit im Sinne des maßgeblich von den Gewerkschaften entwickelten Konzepts der Guten Arbeit wird für unsere Wirtschaft zu einer Schlüsselfrage. Nur wenn es gelingt, Produktivität weiter zu steigern, ohne Arbeit zu dehumanisieren, die Begabungsressourcen des Landes umfassend zu heben, hoch qualifizierte ausländische Spezialisten für Arbeit in unserem Land zu begeistern und neben den klassischen Hochtechnologiebranchen wie Anlagenbau, Automobil oder Chemie neue Felder der wissensintensiven Produktion zu erschließen, wird das Industrieland Niedersachsen seine Stellung langfristig behaupten und damit seinen Wohlstand und die Struktur seiner Sozialsysteme verteidigen können. Zur Weiterentwicklung dieses Produktionsmodells bedarf es des Zusammenwirkens der Sozialpartner. Insbesondere ist die Kooperation der Sozialpartner erforderlich, damit „Gute Arbeit“ überall in Niedersachsen zum Maßstab der Unternehmenskultur wird.

Innovative Formen der Arbeitsorganisation in der industriellen Produktion und die Anreicherung der Arbeit mit interessanten Inhalten sollten systematisch gefördert werden. Wir ermutigen die niedersächsischen Unternehmen, ihre Systeme der Arbeitsorganisation so weiterzuentwickeln, dass Industriearbeitsplätze gleichermaßen menschengerecht und hochproduktiv gestaltet werden. Zur Sicherung des Niedersächsischen Produktionsmodells gehört auch eine Revitalisierung der wirtschaftlichen Austauschbeziehungen zwischen urbanen Ballungszentren und ländlichen Regionen. In Niedersachsen sind die ländliche Räume längst nicht mehr nur agrarisch geprägt, sie sind schon lange auch die Standort erfolgreicher Unternehmungen. Einige Großstädte Niedersachsens durchleben dem gegenüber einen schleichenden Prozess der De-Industrialisierung bei gleichzeitiger Flächenknappheit. Dieser Entwicklung soll durch regional ausgerichtete Entwicklungskonzepte begegnet werden. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Zusammenarbeit zwischen

den Landkreisen zu. Die in Niedersachsen etablierten Metropolregionen und regionalen Wachstumsinitiativen bilden dabei einen geeigneten institutionellen Rahmen für derartige Kooperationen. Sie sollen daher in Zukunft gestärkt werden, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und den sozialen Zusammenhalt in Niedersachsen zu gewährleisten.

Handlungsfähiges Niedersachsen

Niedersachsen ist ein modernes Land, das sich zur Lösung gesellschaftlicher Probleme durch öffentliche Einwirkung und Regulierung bekennt. Der öffentliche Sektor spielt eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Modernisierungsvorhaben unseres Konzepts „Fortschritt und Arbeit für Niedersachsen“. Weder der Übergang zur Wissensökonomie noch die Modernisierung der Infrastruktur ist ohne einen leistungsstarken öffentlichen Sektor denkbar. Unser Land muss handlungsfähig sein. Wir setzen auf Transparenz, Bürgernähe und Servicequalität der niedersächsischen Verwaltung. Eine gute, bürgerfreundliche und leistungsstarke Verwaltung in Niedersachsen auf allen Ebenen und in allen Regionen des Landes wird sich dadurch auszeichnen, dass sie die gesellschaftlichen Kräfte aktiviert.

Attraktiver Öffentlicher Dienst

Wir wollen dem öffentlichen Dienst die verdiente Anerkennung geben und seinen Mitarbeitern stärker ermöglichen, das Gemeinwohl zu fördern. Die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst des Landes und der Kommunen sind die Garanten eines leistungsfähigen und bürgerfreundlichen Staatswesens und müssen entsprechend gefördert und gefordert werden.

Niedersachsen soll stark und bürgerfreundlich verwaltet werden. Wir wollen Qualifikation, Motivation und Aufstiegsperspektive der öffentlich Bediensteten steigern. Der öffentliche Dienst soll Vorreiter bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden. Wir werden die Zahl von Teilzeitbeschäftigten in Führungspositionen verdoppeln. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen muss langfristig ihrem Anteil in der Gesamtbelegschaft entsprechen.

ZUKUNFTSDIALOG: DER SOZIALDEMOKRATISCHE WEG

Das Land Niedersachsen hat Vorbildfunktion für private Arbeitgeber. Die Beschäftigung in sachfremd befristeten Arbeitsverhältnissen lehnen wir ebenso ab, wie Leiharbeit im öffentlichen Dienst. Dort, wo Beschäftigte im öffentlichen Dienst eine höhere Beschäftigungssicherheit als Mitarbeiter in der Wirtschaft haben, geht das auch mit einer besonderen Verantwortung einher. Der hoheitliche Kernbereich, insbesondere in der Justiz, der Finanzverwaltung und der Polizei wird durch Berufsbeamtinnen und -beamte erledigt. Die Wahrnehmung von Kernaufgaben hoheitlichen Handelns durch private Unternehmen, beispielsweise durch den Betrieb von Justizvollzugsanstalten, lehnen wir strikt ab.

Einstellungskorridor offen halten

Die Verwaltung in Niedersachsen soll die Gesellschaft widerspiegeln und für sie da sein. Dies bedeutet auch, dass mehr Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund Zugang zur öffentlichen Verwaltung finden müssen. Gleichzeitig konkurriert der öffentliche Dienst mit der Wirtschaft um die besten Köpfe. In Zeiten des Fachkräftemangels wird dieser Wettbewerb immer härter. Die Dienstverhältnisse müssen daher attraktiver und zukunftsfähiger werden. Der Quereinstieg und der Personalaustausch zwischen Wirtschaft und Verwaltung werden erleichtert. Die Übertragbarkeit von Pensionsrückstellungen zwischen den verschiedenen Systemen der Alterssicherung wird dazu verbessert. Niedersachsen braucht einen offenen bedarfsgerechten Korridor für Neueinstellungen in allen Bereichen und Laufbahnen.

In Zukunft gilt es die Politik des Landes Niedersachsens langfristig anzulegen. Über den nächsten Wahltag hinaus müssen die Weichen gestellt werden, um Niedersachsen als Arbeits- und Lebensstandort zukunftsfähig zu gestalten. Dazu brauchen wir einen Zukunftsdialog, der Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Institutionen zusammenführt. In diesen Dialog sind in den Städten und Gemeinden alle interessierten Bürgerinnen und Bürger eingeladen, um aktiv an der weiteren Entwicklung des Landes mitzuwirken. Die Wirtschaft ist in diesem Zusammenhang ein zentrales Handlungsfeld zur Zukunftssicherung des Landes. Um die Herausforderungen zu meistern, braucht es eine Erweiterung der Perspektiven und des Handlungsrepertoires von Wirtschafts- und Strukturpolitik. Die Anschlussfähigkeit der Wirtschaft an die innovationsorientierte Industrie- und Dienstleistungswirtschaft entscheidet sich nicht allein in den Unternehmen – schon gar nicht allein im Management. Gebraucht wird darüber hinaus eine exzellente Bildungs- und Forschungslandschaft, vitale Städte und Gemeinden, eine lebendige Kunst und Kultur, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und nicht zuletzt auch Arbeitnehmer, Unternehmer und Bürger, die sich für eine innovative Wirtschaft und ein solidarisches Gemeinwesen engagieren. Dies ist der sozialdemokratische Weg.